

Bundesgesetzblatt¹⁴⁸¹

Teil II

G 1998

2007

Ausgegeben zu Bonn am 18. Oktober 2007

Nr. 31

Tag	Inhalt	Seite
30. 8. 2007	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Magnum Medical Joint Venture“ (Nr. DOCPER-TC-25-01)	1482
30. 8. 2007	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „National Emergency Services International, Inc.“ (Nr. DOCPER-TC-04-04)	1484
3. 9. 2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind, (ATP)	1486
3. 9. 2007	Bekanntmachung des deutsch-niederländischen Abkommens über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich	1487
3. 9. 2007	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-nigerianischen Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	1490
4. 9. 2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen	1491
4. 9. 2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1991 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Bekämpfung von Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses	1492
4. 9. 2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Rotterdamer Übereinkommens über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel im internationalen Handel	1492
12. 9. 2007	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls vom 8. Mai 2003 gemäß Artikel 34 des Vertrags über die Europäische Union zur Änderung des Übereinkommens über den Einsatz der Informationstechnologie im Zollbereich	1493
25. 9. 2007	Bekanntmachung der Änderungen der Anlage des Übereinkommens zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs	1494
1.10. 2007	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) (IGV) vom 23. Mai 2005 und über das Außerkrafttreten der Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969	1528

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „Magnum Medical Joint Venture“
(Nr. DOCPER-TC-25-01)**

Vom 30. August 2007

Nach Artikel 72 Abs. 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021; 1982 II S. 530; 1994 II S. 2594) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 16. August 2007 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Magnum Medical Joint Venture“ (Nr. DOCPER-AS-25-01) geschlossen worden. Die Vereinbarung wird nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 1. Oktober 2007

in Kraft treten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 30. August 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

Auswärtiges Amt

Berlin, den 16. August 2007

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika den Eingang der Verbalnote Nr. 1771 vom 16. August 2007 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 betreffend die Tätigkeit von Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung beauftragt sind, Folgendes mitzuteilen:

Um die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts mit Dienstleistungen versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen Magnum Medical Joint Venture einen Vertrag zur Truppenbetreuung auf der Grundlage der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-TC-25-01 geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn dem Unternehmen Magnum Medical Joint Venture zur Erleichterung der Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen Magnum Medical Joint Venture wird im Rahmen seines Vertrags zur Truppenbetreuung für die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts ausschließlich folgende Dienstleistungen erbringen:

Dienstleistungen im Bereich der Früherkennung und der medizinischen Betreuung für retardierte oder behinderte Säuglinge und Kleinkinder. Dieser Vertrag umfasst die

folgenden Tätigkeiten: Early Intervention Project Manager, Early Intervention Special Educator, Family Service Coordinator, Occupational Therapist, Physical Therapist und Speech-Language Therapist.

Unter Bezugnahme auf den Notenwechsel vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 betreffend die Tätigkeit von Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung beauftragt sind, werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.

2. Das Unternehmen Magnum Medical Joint Venture wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die Mitglieder der in Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider tätig. Artikel 72 Absatz 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut findet keine Anwendung.
3. Nach Maßgabe der unter Nummer 5 des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Tätigkeiten unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
4. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003.
5. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
6. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-TC-25-01 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen Magnum Medical Joint Venture endet. Sie tritt außerdem außer Kraft, wenn das Auswärtige Amt nicht spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung erhält. Eine Kopie des Vertrags mit einer Laufzeit vom 1. Oktober 2007 bis 30. September 2012 ist dieser Vereinbarung beigelegt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.
7. Im Falle der Verletzung der Bestimmungen des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 oder dieser Vereinbarung durch das oben genannte Unternehmen kann eine Partei dieser Vereinbarung jederzeit diese Vereinbarung nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation kündigen; die Vereinbarung tritt 3 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter Nummern 1 bis 7 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amts eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 1. Oktober 2007 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 1771 vom 16. August 2007 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 1. Oktober 2007 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Berlin

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „National Emergency Services International, Inc.“
(Nr. DOCPER-TC-04-04)**

Vom 30. August 2007

Nach Artikel 72 Abs. 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021; 1982 II S. 530; 1994 II S. 2594) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 16. August 2007 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „National Emergency Services International, Inc.“ (Nr. DOCPER-TC-04-04) geschlossen worden. Die Vereinbarung wird nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 31. August 2007

in Kraft treten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 30. August 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

Auswärtiges Amt

Berlin, den 16. August 2007

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika den Eingang der Verbalnote Nr. 1774 vom 16. August 2007 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 betreffend die Tätigkeit von Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung beauftragt sind, Folgendes mitzuteilen:

Um die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts mit Dienstleistungen versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen National Emergency Services International, Inc. einen Vertrag zur Truppenbetreuung auf der Grundlage der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-TC-04-04 geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn dem Unternehmen National Emergency Services International, Inc. zur Erleichterung der Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen National Emergency Services International, Inc. wird im Rahmen seines Vertrags zur Truppenbetreuung für die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts ausschließlich folgende Dienstleistungen erbringen:

Medizinische Dienstleistungen für Mitglieder der US-Streitkräfte und ihre Familienangehörigen. Dieser Vertrag umfasst die folgenden Tätigkeiten: Physician, Physician Assistant und Certified Nurse.

Unter Bezugnahme auf den Notenwechsel vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 betreffend die Tätigkeit von Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung beauftragt sind, werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.

2. Das Unternehmen National Emergency Services International, Inc. wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die Mitglieder der in Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider tätig. Artikel 72 Absatz 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut findet keine Anwendung.
3. Nach Maßgabe der unter Nummer 5 des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Tätigkeiten unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
4. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003.
5. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
6. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-TC-04-04 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen National Emergency Services International, Inc. endet. Sie tritt außerdem außer Kraft, wenn das Auswärtige Amt nicht spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung erhält. Eine Kopie des Vertrags mit einer Laufzeit vom 31. August 2007 bis 31. August 2009 ist dieser Vereinbarung beigelegt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.
7. Im Falle der Verletzung der Bestimmungen des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 oder dieser Vereinbarung durch das oben genannte Unternehmen kann eine Partei dieser Vereinbarung jederzeit diese Vereinbarung nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation kündigen; die Vereinbarung tritt 3 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter Nummern 1 bis 7 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 31. August 2007 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 1774 vom 16. August 2007 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 31. August 2007 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Berlin

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel
und über die besonderen Beförderungsmittel,
die für diese Beförderungen zu verwenden sind, (ATP)**

Vom 3. September 2007

I.

Das Übereinkommen vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind, (ATP) – BGBl. 1974 II S. 565; 1988 II S. 630, 865; 1996 II S. 402; 1998 II S. 2298; 2000 II S. 1233; 2002 II S. 1702; 2003 II S. 484; 2004 II S. 1016; 2005 II S. 1194 – wird nach seinem Artikel 11 Abs. 2 für

Tunesien

am 3. April 2008

Ukraine

am 25. Juli 2008

in Kraft treten.

II.

Deutschland hat am 16. November 2005 die nachfolgend abgedruckten Einsprüche zu dem unter I. genannten Übereinkommen erhoben:

„Die Bundesrepublik Deutschland erhebt gegen den mit VN-Zirkularnote C.N.500.2005. TREATIES-3 vom 27. Juni 2005 übermittelten Änderungsvorschlag (Änderungsvorschlag zur Anlage 1, Anhang 1 zum ATP) Einspruch.

Die Bundesrepublik Deutschland erhebt gegen den mit VN-Zirkularnote C.N.481.2005. TREATIES-2 vom 13. Juli 2005 übermittelten Änderungsvorschlag (Änderungsentwurf zur Anlage 1 des ATP) Einspruch.

Die Bundesrepublik Deutschland beanstandet, dass die Änderungen vom 27. Juni 2005 und vom 13. Juli 2005 nicht zusammengefasst worden sind. Dies wäre wegen der engen zeitlichen Folge der beiden Änderungen und aus Gründen der Effizienz geboten gewesen. Die Änderung vom 27. Juni 2005 betrifft Anlage 1, Anhang 1 Absätze 2 und 4 zum ATP. Beide Absätze wurden jedoch durch die Änderung vom 13. Juli 2005, die eine Neufassung der gesamten Anlage 1 des ATP enthält, neu formuliert, ohne dass dabei die Änderungen vom 27. Juni 2005 berücksichtigt werden konnten. Damit ist die Neufassung der Anlage 1 nicht mehr aktuell. Es ist daher erforderlich, vor Inkrafttreten der Neufassung die Änderungen vom 27. Juni 2005 noch zu berücksichtigen.“

Deutschland hat am 14. August 2006 den nachfolgend abgedruckten Einspruch zu dem unter I. genannten Übereinkommen erhoben:

„Die Bundesrepublik Deutschland erhebt gegen den mit VN-Zirkularnote C.N.261.2006. TREATIES-1 Neuausgabe vom 5. April 2006 übermittelten Änderungsvorschlag (Änderungsvorschläge zu Artikel 2 sowie Anlagen 1 und 2 zum ATP) Einspruch.

Die Bundesrepublik Deutschland beanstandet zunächst, dass die Änderungen vom 5. April 2006 die Streichung des letzten Satzes von Artikel 2 des ATP beinhalten. Gemäß dieses Satzes kann jede Vertragspartei Bescheinigungen über die Übereinstimmung mit den Normen des ATP als gültig anerkennen, die von der zuständigen Behörde einer Nichtvertragspartei nach Anlage 1 Anhänge 1 und 2 ausgestellt wurden. Es ist kein vernünftiger Grund ersichtlich, warum diese Möglichkeit der Anerkennung entfallen soll.

Des Weiteren beanstandet die Bundesrepublik Deutschland, dass die Änderungen vom 5. April 2006 zum größten Teil in der bloßen Bereinigung des Textes der Anlagen 1 und 2 des ATP bestehen und nur zum Teil entscheidende Neuerungen wie zum Beispiel die Regelungen über die Kit bodies enthalten. Es ist nicht ohne weiteres erkennbar, bei welchen Änderungen es sich um tatsächliche Neuerungen handelt und welche nur redaktionell sind. Die Bundesrepublik Deutschland bittet daher um eine revidierte Fassung des Textes der Anlagen 1 und 2 des ATP, d. h. um einen konsolidierten Text ohne Änderungsanweisungen. Eine solche Neufassung ist in jedem Fall erforderlich, um das ATP für seine Anwender lesbar zu machen.

Aus diesem Grunde schlägt Deutschland ein Änderungsverfahren in zwei logischen Schritten vor:

1. Im ersten Schritt werden die Anlagen 1 und 2 des ATP nur in Hinblick auf die auf der 60. und 61. Sitzung von der Arbeitsgruppe beschlossenen tatsächlichen technischen Neuerungen wie z. B. die Kit bodies geändert.
2. In einem zweiten Schritt erfolgt dann die vollständige redaktionelle Bereinigung des Textes der Anlagen 1 und 2 des ATP mit dem Ziel einer konsolidierten Fassung der Anlagen 1 und 2.“

III.

Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch das Übereinkommen über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind, (ATP) gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. Februar 2005 (BGBl. II S. 350).

Berlin, den 3. September 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
des deutsch-niederländischen Abkommens
über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich**

Vom 3. September 2007

Das in Münster am 8. November 2006 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich ist nach seinem Artikel 11 Abs. 1

am 1. September 2007

in Kraft getreten; das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 3. September 2007

Bundesministerium der Verteidigung
Im Auftrag
Dr. Weingärtner

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Königreichs der Niederlande –
nachstehend „Vertragsparteien“ genannt,

im Bewusstsein ihrer Verpflichtungen im Rahmen des Nordatlantikvertrags vom 4. April 1949, des Brüsseler Vertrags vom 17. März 1948, ergänzt durch das Protokoll vom 23. Oktober 1954 zur Modifizierung und Vervollständigung des Brüsseler Vertrags, des Vertrags vom 29. Juli 1992 über die Europäische Union, des Vertrags von Nizza zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge vom 26. Februar 2001 zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft sowie der Charta der Vereinten Nationen von 1945,

in dem Entschluss, die zurzeit im Europäischen Streitkräfteplanziel 2010 und in der NATO-Initiative zur Verteidigungsfähigkeit definierten europäischen militärischen Fähigkeiten zu stärken und Verantwortung im Rahmen des auf der Tagung des EU-Rates in Laeken (Dezember 2001) vereinbarten Europäischen Aktionsplans zur Verbesserung der Streitkräftefähigkeiten zu übernehmen,

in Anbetracht des Vertrags vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland,

in Anbetracht des Vertrags vom 6. Oktober 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Stationierung von Truppen der Bundesrepublik Deutschland im Königreich der Niederlande,

in Beachtung der gemeinsamen Entschließung des Bundesministers der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und des Ministers der Verteidigung des Königreichs der Niederlande vom 30. März 1993 über die Aufstellung eines multinationalen Korps zunächst unter Beteiligung Deutschlands und der Niederlande,

ermutigt durch die erfolgreiche Umstrukturierung des Stabs des I. (Deutsch-Niederländischen) Korps in ein für NATO- und EU-geführte friedensunterstützende Operationen zur Verfügung stehendes High Readiness Forces (Land) Headquarter unter Berücksichtigung der geltenden Regelungen zwischen NATO und EU,

in Anbetracht des Abkommens vom 18. April 2001 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen,

entschlossen, auf der umfassenden militärischen Zusammenarbeit zwischen den deutschen und den niederländischen Streitkräften aufzubauen,

in der Überzeugung, dass die europäischen Verbündeten die Effektivität und Effizienz ihrer Verteidigungsanstrengungen durch die Entwicklung innovativer gemeinsamer Maßnahmen erhöhen müssen, um die Aufsplitterung ihrer Bemühungen zu verringern,

eingedenk der Vereinbarungen zwischen dem Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister der Verteidigung des Königreichs der Niederlande über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, die bereits die zunehmende Qualität bi- und multinationaler Kooperation im Verteidigungsbereich berücksichtigen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Zweck des Abkommens

Mit diesem Abkommen werden die Grundsätze für die Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen und für eine vertiefte Integration der Streitkräfte beider Vertragsparteien festgelegt.

Artikel 2

Umfang und Grundsätze der Zusammenarbeit

(1) Die Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen wird sich auf Bereiche von beiderseitigem Interesse beziehen und den Grundsätzen der Effektivität, Effizienz und Gegenseitigkeit folgen.

(2) Sie kann unter anderem die folgenden Bereiche umfassen:

1. Politische Konsultationen zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten des Königreichs der Niederlande, militärpolitische und militärische Konsultationen zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande,
2. Nutzung von Ausbildungseinrichtungen und Übungsplätzen,
3. Zusammenarbeit im Rahmen des Stabes des I. (Deutsch-Niederländischen) Korps,
4. Einrichtung von gemeinsamen Dienststellen,
5. Übungen,

6. Zusammenarbeit im Einsatz,
7. Personalaustausch,
8. Ausbildung,
9. Informationsaustausch,
10. Verringerung des Verwaltungsaufwands,
11. Zusammenarbeit in neuen Bereichen mit dem Ziel der Integration und Abstimmung auf dem Gebiet der Entscheidungsfindung, der Führungs- und Einsatzgrundsätze und -verfahren.

(3) Auf Einladung der Vertragsparteien steht die Zusammenarbeit der Teilnahme anderer Staaten offen.

Artikel 3

Durchführungsvereinbarungen

Die Bereiche der Zusammenarbeit werden in Durchführungsvereinbarungen zwischen den Vertragsparteien oder zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande näher geregelt.

Artikel 4

Anwendung nationalen Rechts

(1) Nationale Gesetze und Vorschriften, die über den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und des Ministeriums der Verteidigung des Königreichs der Niederlande hinausgehen, bleiben unberührt.

(2) Nationale Vorschriften, die in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und des Ministeriums der Verteidigung des Königreichs der Niederlande fallen, bleiben in der Regel unberührt. Zur Förderung der binationalen Zusammenarbeit und Effizienz einigen sich die Vertragsparteien dahingehend, dass das Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande bestimmten Militärbehörden die Befugnis zur Abweichung von diesen Vorschriften erteilen können.

(3) Abweichungen, die über die/den in Absatz 2 festgelegten Bereiche/Umfang hinausgehen, können von den bestimmten Militärbehörden über den in Artikel 5 beschriebenen Lenkungsausschuss dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande zur Beratung und Genehmigung vorgeschlagen werden.

Artikel 5

Lenkungsausschuss

(1) Alle Tätigkeiten der Verteidigungsministerien im Rahmen dieses Abkommens werden von einem Lenkungsausschuss (High Level Steering Group) koordiniert, der den Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und den Minister der Verteidigung des Königreichs der Niederlande in allen diesbezüglichen Fragen berät.

(2) Der Lenkungsausschuss (High Level Steering Group) wird durch den Stabsabteilungsleiter Militärpolitik im Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und den politischen Direktor im Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande gebildet. Er wird bei Bedarf durch Experten der Verteidigungsministerien beider Vertragsparteien verstärkt.

Artikel 6

Rechtsstellung des Personals

(1) Die Rechtsstellung des Personals der Vertragsparteien und dessen Angehöriger wird vom Prinzip der Gegenseitigkeit getragen.

(2) In Bezug auf die Rechtsstellung des Personals einer Vertragspartei und dessen Angehöriger, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhalten, kommt insbesondere die Anwendung eines oder gegebenenfalls mehrerer der folgenden Abkommen in Betracht:

1. Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut),
2. Zusatzabkommen vom 3. August 1959 in der geänderten Fassung vom 18. März 1993 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen,
3. Notenwechsel vom 25. September 1990 in der Fassung vom 12. September 1994 in Verbindung mit dem NATO-Truppenstatut, dem unter Nummer 2 genannten Zusatzabkommen und den diesbezüglichen Vereinbarungen,
4. Zusatzabkommen vom 6. Oktober 1997 zu dem Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen,
5. Protokoll vom 6. Oktober 1997 zum Zusatzabkommen vom 6. Oktober 1997 zu dem Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen.

Artikel 7

Wachdienst

(1) Von beiden Staaten genutzte Anlagen/Einrichtungen oder Liegenschaften im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien können durch binationale Wachen bewacht werden, soweit die Wachsoldaten des Entsendestaats die gleichen Befugnisse wie die Wachsoldaten des Aufnahmestaats haben.

(2) Binationale Wachen unterstehen im Wachdienst ausschließlich den Wachvorgesetzten des Aufnahmestaats.

(3) Für binationale Wachen außerhalb des Hoheitsgebiets der Vertragsparteien werden besondere Vereinbarungen angewandt.

Artikel 8

Finanzielle Grundsätze und Regelungen

(1) Die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens erfolgt nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit und der ausgewogenen Verteilung der Lasten.

(2) Detaillierte finanzielle Regelungen sind in der jeweiligen Durchführungsvereinbarung für den spezifischen Bereich der Zusammenarbeit festzulegen.

Artikel 9

Offenlegung von Informationen

Die Bestimmungen des Abkommens vom 18. April 2001 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen finden Anwendung.

Artikel 10

Beilegung von Streitigkeiten

Alle Streitigkeiten, die sich aus diesem Abkommen oder im Zusammenhang damit ergeben, werden ausschließlich durch gegenseitige Verhandlungen und Konsultationen zwischen den Vertragsparteien auf möglichst niedriger Ebene beigelegt.

Artikel 11**Schlussbestimmungen**

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Das Abkommen wird vom Tag der Unterzeichnung an nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien vorläufig angewandt.

(3) Änderungen dieses Abkommens werden im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien vorgenommen. Für ihr Inkrafttreten ist Absatz 1 entsprechend anzuwenden.

(4) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten gegenüber der anderen Vertragspartei schriftlich gekündigt werden. Die Vertragsparteien konsultieren einander, um für alle Seiten annehmbare Kündigungsbedingungen zu vereinbaren.

(5) In Bezug auf das Königreich der Niederlande gilt dieses Abkommen ausschließlich für das Hoheitsgebiet des Königreichs in Europa.

Geschehen zu Münster am 8. November 2006 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

U. Brandenburg
Christian Schmidt

Für die Regierung des Königreichs der Niederlande

Kamp

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-nigerianischen Vertrags
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen**

Vom 3. September 2007

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 3. August 2005 zu dem Vertrag vom 28. März 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesrepublik Nigeria über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 2005 II S. 716) wird bekannt gemacht, dass der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2

am 20. September 2007

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden wurden am 20. August 2007 in Berlin ausgetauscht.

Berlin, den 3. September 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen
über Klimaänderungen**

Vom 4. September 2007

I.

Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen vom 9. Mai 1992 über Klimaänderungen (BGBl. 1993 II S. 1783) wird nach seinem Artikel 23 Abs. 2 für Brunei Darussalam am 5. November 2007 in Kraft treten.

II.

Argentinien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 27. März 2007 den nachstehenden Einspruch gegen die Erstreckungserklärung des Vereinigten Königreichs vom 7. März 2007 (BGBl. II S. 758) notifiziert:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Spanish)

“The Argentine Republic objects to the extension of the territorial application to the United Nations Framework Convention on Climate Change of 9 May 1992 with respect to the Malvinas Islands, which was notified by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the Depositary of the Convention on 7 March 2007.

The Argentine Republic reaffirms its sovereignty over the Malvinas Islands, the South Georgia and South Sandwich Islands and the surrounding maritime spaces, which are an integral part of its national territory, and recalls that the General Assembly of the United Nations adopted resolutions 2065 (XX), 3160 (XXVIII), 31/49, 37/9, 38/12, 39/6, 40/21, 41/40, 42/19 and 43/25, which recognize the existence of a dispute over sovereignty and request the Governments of the Argentine Republic and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to initiate negotiations with a view to finding the means to resolve peacefully and definitively the pending problems between both countries, including all aspects on the future of the Malvinas Islands, in accordance with the Charter of the United Nations.”

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

„Die Argentinische Republik erhebt Einspruch gegen die Erstreckung des Geltungsbereichs des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen vom 9. Mai 1992 über Klimaänderungen auf die Malwinen, die dem Verwahrer des Übereinkommens am 7. März 2007 vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland notifiziert wurde.

Die Argentinische Republik bekräftigt ihre Souveränität über die Malwinen, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln sowie die sie umgebenden Seegebiete, die Bestandteile ihres Hoheitsgebiets sind, und erinnert daran, dass die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolutionen 2065 (XX), 3160 (XXVIII), 31/49, 37/9, 38/12, 39/6, 40/21, 41/40, 42/19 und 43/25 angenommen hat, in denen das Bestehen einer Streitigkeit hinsichtlich der Souveränität zur Kenntnis genommen wird und die Regierungen der Argentinischen Republik und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Aufnahme von Verhandlungen aufgefordert werden, um Wege zu finden, die anstehenden Probleme zwischen beiden Ländern, einschließlich aller Fragen zur Zukunft der Malwinen, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen friedlich und endgültig zu lösen.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 30. April 2007 (BGBl. II S. 758).

Berlin, den 4. September 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von 1991 zu dem Übereinkommen von 1979
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
betreffend die Bekämpfung von Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen
oder ihres grenzüberschreitenden Flusses**

Vom 4. September 2007

Das Protokoll vom 19. November 1991 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Bekämpfung von Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses (BGBl. 1994 II S. 2358) ist nach seinem Artikel 16 Abs. 2 für

Litauen am 20. August 2007
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 10. August 2001 (BGBl. II S. 906).

Berlin, den 4. September 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Rotterdamer Übereinkommens
über das Verfahren der vorherigen Zustimmung
nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien
sowie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel
im internationalen Handel**

Vom 4. September 2007

Das Rotterdamer Übereinkommen vom 10. September 1998 über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel im internationalen Handel (BGBl. 2000 II S. 1058) ist nach seinem Artikel 26 Abs. 2 für

Guyana am 29. August 2007
Vietnam am 5. August 2007
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 27. April 2007 (BGBl. II S. 704).

Berlin, den 4. September 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Protokolls vom 8. Mai 2003
gemäß Artikel 34 des Vertrags über die Europäische Union
zur Änderung des Übereinkommens über den Einsatz
der Informationstechnologie im Zollbereich**

Vom 12. September 2007

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 31. März 2004 zu dem Übereinkommen auf Grund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union vom 26. Juli 1995 über den Einsatz der Informationstechnologie im Zollbereich (BGBl. 2004 II S. 386, 402) wird bekannt gemacht, dass das Protokoll vom 8. Mai 2003 gemäß Artikel 34 des Vertrags über die Europäische Union zur Änderung des Übereinkommens über den Einsatz der Informationstechnologie im Zollbereich hinsichtlich der Einrichtung eines Aktennachweissystems für Zollzwecke nach seinem Artikel 2 Abs. 3 für die

Bundesrepublik Deutschland am 15. Oktober 2007
in Kraft treten wird.

Die Annahmeerkunde ist am 30. April 2004 beim Generalsekretär des Rates der Europäischen Union hinterlegt worden.

Das Protokoll wird ferner nach seinem Artikel 2 Abs. 3 für folgende Staaten am 15. Oktober 2007 in Kraft treten:

Dänemark	Niederlande
Finnland	Schweden
Frankreich	Spanien.
Luxemburg	

Das Protokoll wird ferner nach seinem Artikel 3 Abs. 4 für folgende Staaten am 15. Oktober 2007 in Kraft treten:

Estland	Slowenien
Lettland	Tschechische Republik
Litauen	Ungarn
Polen	Zypern.
Slowakei	

Berlin, den 12. September 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
der Änderungen der Anlage des Übereinkommens
zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs**

Vom 25. September 2007

Die von dem Ausschuss zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation in London am 7. Juli 2005 angenommenen Änderungen der Anlage des Übereinkommens vom 9. April 1965 zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs (BGBl. 1967 II S. 2434), zuletzt geändert am 10. Januar 2002 (BGBl. 2004 II S. 1487), sind nach Artikel VII Abs. 2 Buchstabe b des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen Vertragsparteien mit Ausnahme von Norwegen

am 1. November 2006

in Kraft getreten. Die Änderungen werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Berlin, den 25. September 2007

Bundesministerium
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Im Auftrag
Törkel

Änderungen
der Anlage des Übereinkommens von 1965
zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs
in seiner geänderten Fassung

Amendments
to the Annex to the Convention
on Facilitation of International Maritime Traffic, 1965,
as amended

Amendements
à l'Annexe de la Convention
visant à faciliter le trafic maritime international, 1965,
telle que modifiée

(Übersetzung)

Section 1	Chapitre premier	Abschnitt 1
Definitions and general provisions	Définitions et dispositions générales	Begriffsbestimmungen und allgemeine Bestimmungen
A. Definitions	A. Définitions	A. Begriffsbestimmungen
1 The following new definitions "Customs clearance" and "Customs release" are added after the existing definition "Cruise ship":	1 Des définitions des termes «dédouanement» et «mainlevée» sont ajoutées respectivement à la suite de la définition actuelle du terme «cargaison» et de la définition de l'expression «heure prévue d'arrivée», comme suit:	1 Die folgenden neuen Begriffsbestimmungen „Überlassung“ und „Zollabfertigung“ werden nach der bisherigen Begriffsbestimmung „Sicherheitsmaßnahmen“ eingefügt:
“Customs clearance. Accomplishment of the customs formalities necessary to permit goods to enter home use, to be exported or to be placed under another Customs procedure.	«Dédouanement. Accomplissement des formalités douanières nécessaires pour mettre des marchandises à la consommation, pour les exporter ou encore pour les placer sous un autre régime douanier.	„Überlassung. Die Maßnahme, mit der die Zollbehörden den Zollbeteiligten gestatten, über die abgefertigten Waren zu verfügen.
Customs release. Action taken by Customs authorities to permit goods undergoing clearance to be placed at the disposal of the persons concerned.”	Mainlevée. Acte par lequel les autorités douanières permettent aux intéressés de disposer des marchandises qui font l'objet d'un dédouanement.»	Zollabfertigung. Die Erfüllung der Zollformalitäten, die vorgeschrieben sind, damit Waren ausgeliefert oder in den zollrechtlich freien Verkehr oder ein anderes Zollverfahren übergeführt werden können.“
2 The existing definition "Data carrier" is deleted.	2 La définition de l'expression «support de données» est supprimée.	2 Die bisherige Begriffsbestimmung „Datenträger“ wird gestrichen.
3 In the existing definition "Document", the existing text is replaced by the following new text:	3 Dans la définition actuelle du terme «document», le texte existant est remplacé par ce qui suit:	3 Bei der bisherigen Begriffsbestimmung „Dokument“ wird der bisherige Wortlaut durch folgenden neuen Wortlaut ersetzt:
“Document. Information presenting data by electronic means or by non-electronic means.”	«Document. Support d'informations présentant des données, sous une forme électronique ou non.»	„Dokument. Durch Daten in elektronischer oder nichtelektronischer Form dargestellte Informationen.“
4 The following new definition "Estimated time of arrival" is added after the definition "Document":	4 Une définition de l'expression «heure prévue d'arrivée» est ajoutée à la suite de la définition actuelle de l'expression «Heure d'arrivée» comme suit:	4 Die folgende neue Begriffsbestimmung „Voraussichtliche Ankunftszeit“ wird nach der Begriffsbestimmung „Überlassung“ eingefügt:
“Estimated time of arrival (ETA). Time when a ship estimates it will arrive at the pilot station serving a port or, when it expects to enter a specific location in the port area, where port regulations apply.”	«Heure prévue d'arrivée (HPA). Heure à laquelle un navire estime qu'il arrivera à la station de pilotage desservant le port ou heure à laquelle il compte arriver à un emplacement précis de la zone portuaire où la réglementation portuaire s'applique.»	„Voraussichtliche Ankunftszeit. Die Uhrzeit, zu der ein Schiff voraussichtlich an der Lotsenstation des Hafens ankommt oder zu der es annimmt, in einen bestimmten Bereich innerhalb des Hafengebiets einzufahren, in dem die Hafenordnung gilt.“

- 5 The existing definition "Mail" is deleted.
- 6 The following new definition "Manifest" is added after the new definition "Estimated time of arrival (ETA)":
- "Manifest.** Document recapitulating the various data from bills of lading and other transport documents issued for the carriage of goods on board ships."
- 7 In the existing definition "Passengers' accompanied baggage", the words "of goods" are added after the words "contract of carriage".
- 8 The following new definition "Postal items" is added after the existing definition "Port":
- "Postal items.** Correspondence and other objects tendered to be carried by a ship for carriage by postal administrations and intended for delivery to postal administrations in the ship's ports of call."
- 9 In the existing definition "Security measures", the existing text is replaced by the following new text:
- "Security measures.** Measures developed and implemented in accordance with international agreements to improve security on board ships, in port areas, facilities and of goods moving in the international supply chain to detect and prevent unlawful acts*)."
- 10 The following new definition "Ship's documents" is added after the existing definition "Shipowner":
- "Ship's documents.** Certificates and other documents which must be made available by a ship's master in order to demonstrate the vessel's compliance with international or national regulations."
- 11 The following new definition "Temporary admission" is added after the existing definition "Stowaway":
- "Temporary admission.** The Customs procedure under which certain goods can be brought into a Customs territory conditionally relieved, totally or partially, from payment of import duties and taxes and without application of import prohibitions or
- 5 La définition du terme «poste» est supprimée.
- 6 Une définition du terme «manifeste» est ajoutée à la suite de la nouvelle définition de «mainlevée» comme suit:
- «Manifeste.** Document récapitulant les diverses données extraites des connaissements et d'autres documents de transport délivrés pour le transport de marchandises à bord des navires.»
- 7 Dans la définition actuelle de l'expression «bagages accompagnés des passagers», la modification est sans objet en français (il s'agit d'ajouter les mots «of goods» après les mots «... contract of carriage» dans le texte anglais).
- 8 Une définition de l'expression «objet postal» est ajoutée à la suite de la définition actuelle de l'expression «navire en croisière» comme suit:
- «Objet postal.** Correspondance et autres objets confiés par des administrations postales en vue de leur expédition par navire et destinés à être remis, dans un port touché par le navire, à des administrations postales.»
- 9 Dans la définition actuelle de l'expression «mesures de sûreté», le texte existant est remplacé par ce qui suit:
- «Mesures de sûreté.** Mesures élaborées et appliquées conformément aux accords internationaux visant à renforcer la sûreté à bord des navires et dans les zones et installations portuaires, ainsi que celle des marchandises acheminées par la chaîne logistique internationale, en vue de détecter et de prévenir des actes illicites*)."
- 10 Une définition de l'expression «documents de bord» est ajoutée à la suite de la définition actuelle du terme «document» comme suit:
- «Documents de bord.** Certificats et autres documents que le capitaine du navire doit pouvoir présenter pour attester de la conformité du navire à la réglementation internationale ou nationale.»
- 11 Une définition de l'expression «admission temporaire» est ajoutée au début de la liste des définitions actuelles comme suit:
- «Admission temporaire.** Le régime douanier qui permet de recevoir dans un territoire douanier en suspension totale ou partielle des droits et taxes à l'importation, sans application des prohibitions ou restrictions à l'importation de caractère économique,
- 5 Die Änderung wird im deutschen Wortlaut durch die Änderungsvorschrift 8 vollzogen.
- 6 Die folgende neue Begriffsbestimmung „Manifest“ wird nach der Begriffsbestimmung „Landgang“ eingefügt:
- „Manifest.** Dokument, das die verschiedenen Daten aus den Frachtbriefen und sonstigen Beförderungspapieren, die für die Beförderung von Gütern auf Schiffen ausgegeben werden, zusammenfasst.“
- 7 Für den deutschen Wortlaut ergibt sich keine Änderung.
- 8 Bei der bisherigen Begriffsbestimmung „Postsachen“ wird der bisherige Wortlaut durch folgenden neuen Wortlaut ersetzt:
- „Postsachen.** Brief- und andere Sendungen, die von Postverwaltungen eingeliefert werden, um per Schiff befördert zu werden, und die zur Auslieferung an Postverwaltungen in den Anlaufhäfen des Schiffes bestimmt sind.“
- 9 Bei der bisherigen Begriffsbestimmung „Sicherheitsmaßnahmen“ wird der bisherige Wortlaut durch folgenden neuen Wortlaut ersetzt:
- „Sicherheitsmaßnahmen.** Maßnahmen, die nach Maßgabe internationaler Übereinkünfte erarbeitet und umgesetzt werden, um die Sicherheit an Bord von Schiffen, in Hafenbereichen und Anlagen sowie von Gütern in der internationalen Lieferkette zu verbessern und um widerrechtliche Handlungen aufzudecken und zu verhüten*)."
- 10 Die folgende neue Begriffsbestimmung „Schiffsdokumente“ wird nach der bisherigen Begriffsbestimmung „Schiffsausrüstung“ eingefügt:
- „Schiffsdokumente.** Zeugnisse und sonstige Dokumente, die der Kapitän eines Schiffes zur Verfügung stellen muss, um die Einhaltung der internationalen oder nationalen Vorschriften durch das Schiff nachzuweisen.“
- 11 Die folgende neue Begriffsbestimmung „Vorübergehende Verwendung“ wird nach der bisherigen Begriffsbestimmung „Voraussichtliche Ankunftszeit“ eingefügt:
- „Vorübergehende Verwendung.** Das Zollverfahren, nach dem bestimmte Waren unter bedingter vollständiger oder teilweiser Aussetzung der Eingangsabgaben und -steuern und frei von Einfuhrverboten und -beschränkungen wirtschaftlicher Art in ein

*) Reference is made to the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Maritime Navigation, 1988 (SUA Convention), the International Ship & Port Facility Security Code (ISPS Code) and the International Convention for the Safety of Life at Sea, 1974 (SOLAS), chapter XI-2.

*) Il convient de se reporter à la Convention de 1988 pour la répression d'actes illicites contre la sécurité de la navigation maritime (Convention SUA), au Code international pour la sûreté des navires et des installations portuaires (Code ISPS) et au chapitre XI-2 de la Convention internationale de 1974 pour la sauvegarde de la vie humaine en mer (Convention SOLAS).

*) Es wird auf das Übereinkommen von 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt (SUA-Übereinkommen), den Internationalen Code für die Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen (ISPS-Code) und auf Kapitel XI-2 des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (SOLAS) verwiesen.

restrictions of economic character; such goods must be imported for a specific purpose and must be intended for re-exportation within a specified period and without having undergone any change except normal depreciation due to the use made of them."

- 12 In the existing definition "Transport document", the word "Document" after the title is replaced by the word "Information".

B. General provisions

- 13 In the existing Standard 1.1, the following sentence is deleted:

"Where a specific list of particulars is set out in this annex, public authorities shall not require to be furnished such of those particulars as they consider not essential."

- 14 In the existing Recommended Practice 1.1.1, the words "automatic data-processing and -transmission techniques" are replaced by the words "systems for the electronic exchange of information".

- 15 The existing Recommended Practice 1.3 is amended to read as follows:

"1.3 **Recommended Practice.** Measures and procedures imposed by Contracting Governments for the purposes of security or preventing the trafficking of narcotics should be efficient and, where possible, use information technology. Such measures and procedures (e.g. risk management and cross-checking of information) should be implemented in such a manner as to cause a minimum of interference with, and to prevent unnecessary delays to, ships and persons or property on board."

C. Electronic data-processing techniques

- 16 The existing title "C. Electronic data-processing techniques" is replaced by "Systems for the electronic exchange of information".

- 17 In the existing Standard 1.4, the words "electronic data interchange (EDI) techniques" are replaced by the words "systems for the electronic exchange of information required by public authorities for the arrival, stay and departure of the ship, persons and cargo".

- 18 In the existing Standard 1.6, the words "electronic data interchange (EDI) techniques" are replaced by the words "systems for the electronic exchange of information".

- 19 In the existing Recommended Practice 1.7, the words "electronic data interchange (EDI) techniques" are replaced

certaines marchandises importées dans un but défini et destinées à être réexportées, dans un délai déterminé, sans avoir subi de modification, exception faite de leur dépréciation normale par suite de l'usage qui en est fait."

- 12 Dans le texte de la définition actuelle de l'expression «document de transport», le mot «document» est remplacé par l'expression «support d'information».

B. Dispositions générales

- 13 Dans la norme 1.1 existante, la phrase suivante est supprimée:

«Lorsque dans la présente annexe figure une énumération de renseignements, les pouvoirs publics ne demandent que ceux qui leur paraissent indispensables.»

- 14 Dans la pratique recommandée 1.1.1 actuelle, remplacer «du traitement automatique de l'information et des techniques de transmission» par «des systèmes d'échange électronique de l'information».

- 15 La pratique recommandée 1.3 actuelle est modifiée comme suit:

«1.3 **Pratique recommandée.** Les mesures et procédures imposées par les Gouvernements contractants à des fins de sûreté et de prévention du trafic de stupéfiants devraient être efficaces et, lorsque cela est possible, faire appel à l'informatique. Ces mesures et procédures, telles que la gestion du risque et le recoupement d'informations, devraient être appliquées de manière à causer une gêne minimale aux navires, aux personnes et aux biens se trouvant à bord et à empêcher que des retards inutiles ne leur soient imposés.»

C. Techniques de traitement électronique de l'information

- 16 Le titre actuel «C. Techniques de traitement électronique de l'information» est remplacé par «Systèmes d'échange électronique de l'information».

- 17 Dans la norme 1.4 actuelle, les mots «d'échange de données informatisées (EDI)» sont supprimés et remplacés par les mots «d'échange électronique des données requises par les pouvoirs publics et se rapportant à l'entrée, au séjour et à la sortie des navires, aux personnes et à la cargaison».

- 18 Dans la norme 1.6 actuelle, remplacer «techniques d'échange de données informatisées» par «systèmes d'échange électronique de l'information».

- 19 Dans la pratique recommandée 1.7 actuelle, remplacer «techniques d'échange de données informatisées» par «sys-

temen d'échange électronique de l'information».

- 12 In der bisherigen Begriffsbestimmung „Beförderungspapier“ wird das Wort „Dokument“ nach dem Titel durch das Wort „Angaben“ ersetzt.

B. Allgemeine Bestimmungen

- 13 In der bisherigen Norm 1.1 wird folgender Satz gestrichen:

„Ist in der Anlage eine besondere Liste mit Einzelangaben vorgesehen, so verlangen die öffentlichen Behörden nur diejenigen Angaben, die sie für unerlässlich halten.“

- 14 In der bisherigen Empfehlung 1.1.1 werden die Worte „automatischen Datenverarbeitungs- und -übermittlungsverfahren“ ersetzt durch „Systemen zum elektronischen Informationsaustausch“.

- 15 Die bisherige Empfehlung 1.3 wird wie folgt gefasst:

„1.3 **Empfehlung.** Von den Vertragsregierungen vorgeschriebene Maßnahmen und Verfahren für Zwecke der Sicherheit oder der Verhütung des Verkehrs mit Suchtstoffen sollen wirksam sein und nach Möglichkeit Informationstechnik einsetzen. Diese Maßnahmen und Verfahren (z. B. Risikomanagement und Gegenprüfung von Daten) sollen so angewendet werden, dass sie nur möglichst geringe Störungen für Schiffe und an Bord befindliche Personen und Sachen mit sich bringen und unnötige Verzögerungen für diese vermeiden.“

C. Technik der elektronischen Datenverarbeitung

- 16 Die bisherige Überschrift „C. Technik der elektronischen Datenverarbeitung“ wird ersetzt durch „C. Systeme zum elektronischen Informationsaustausch“.

- 17 In der bisherigen Norm 1.4 wird der einleitende Passus „Bei Einführung von Verfahren des elektronischen Datenaustauschs (EDA) zur Erleichterung von Abfertigungsvorgängen regen die Vertragsregierungen“ ersetzt durch „Führen die Vertragsregierungen zur Erleichterung von Abfertigungsvorgängen Systeme zum elektronischen Informationsaustausch betreffend Angaben, welche die öffentlichen Behörden hinsichtlich der Ankunft, des Aufenthalts und der Abfahrt von Schiffen, Personen und Fracht verlangen, ein, so regen sie“.

- 18 In der bisherigen Norm 1.6 werden die Worte „Verfahren des elektronischen Datenaustauschs (EDA)“ ersetzt durch „Systemen zum elektronischen Informationsaustausch“.

- 19 In der bisherigen Empfehlung 1.7 werden die Worte „Verfahren des elektronischen Datenaustauschs (EDA)“ ersetzt

by “systems for the electronic exchange of information”.

tèmes d'échange électronique de l'information».

durch „Systemen zum elektronischen Informationsaustausch“.

20 In the existing Recommended Practice 1.7(e) and (f), the word “techniques” is replaced by the word “systems”.

20 Aux alinéas e) et f) de la pratique recommandée 1.7 actuelle, remplacer «techniques» par «systèmes».

20 In der bisherigen Empfehlung 1.7 wird unter den Buchstaben e) und f) das Wort „Technik“ durch „Systeme“ ersetzt.

21 The following new Recommended Practices 1.7.1 and 1.8.1 are added after the existing Recommended Practices 1.7 and 1.8 respectively:

21 Les nouvelles pratiques recommandées 1.7.1 et 1.8.1 ci-après sont ajoutées respectivement à la suite des pratiques recommandées existantes 1.7 et 1.8.

21 Die folgenden neuen Empfehlungen 1.7.1 und 1.8.1 werden jeweils nach der bisherigen Empfehlung 1.7 und der bisherigen Norm 1.8 eingefügt:

“1.7.1 Recommended Practice. Contracting Governments should encourage public authorities and other parties concerned to co-operate or participate directly in the development of electronic systems using internationally agreed standards with a view to enhancing the exchange of information relating to the arrival, stay and departure of ships, persons and cargo and assuring inter-operability between the systems of public authorities and other parties concerned.

«1.7.1 Pratique recommandée. Les Gouvernements contractants devraient encourager les pouvoirs publics ainsi que les autres parties concernées à coopérer ou à participer directement à l'élaboration de systèmes électroniques utilisant des normes internationales agréées en vue d'optimiser l'échange d'informations se rapportant à l'entrée, au séjour et à la sortie des navires, aux personnes et à la cargaison, et d'assurer une interopérabilité entre les systèmes des pouvoirs publics et ceux des autres parties concernées.

„1.7.1 Empfehlung. Die Vertragsregierungen sollen die öffentlichen Behörden und sonstige Beteiligte dazu anregen, mit ihnen zusammenzuarbeiten oder sich unmittelbar an der Entwicklung elektronischer Systeme unter Anwendung international vereinbarter Normen zu beteiligen, um den Informationsaustausch betreffend Angaben über die Ankunft, den Aufenthalt und die Abfahrt von Schiffen, Personen und Fracht zu verbessern und die Interoperabilität zwischen den Systemen der öffentlichen Behörden und sonstiger Beteiligter zu gewährleisten.

1.8.1 Recommended Practice. Contracting Governments should encourage public authorities to introduce arrangements to enable trade and transport operators including ships to submit all the information required by public authorities in connection with the arrival, stay and departure of ships, persons and cargo, avoiding duplication, to a single entry point.”

1.8.1 Pratique recommandée. Les Gouvernements contractants devraient encourager les pouvoirs publics à adopter des accords permettant aux opérateurs commerciaux et transporteurs, y compris les navires, d'adresser en un même lieu d'entrée tous les renseignements requis par les pouvoirs publics et relatifs à l'entrée, au séjour au port ainsi qu'à la sortie des navires, des personnes et de la cargaison.»

1.8.1 Empfehlung. Die Vertragsregierungen sollen die öffentlichen Behörden dazu anregen, Regelungen einzuführen, die es Handels- und Verkehrsunternehmen, einschließlich Schiffen, ermöglichen, alle von den öffentlichen Behörden im Zusammenhang mit der Ankunft, dem Aufenthalt und der Abfahrt von Schiffen, Personen und Fracht verlangten Angaben einer einzigen Eingangsstelle zu übermitteln, um Doppelarbeit zu vermeiden.“

22 In the existing Standard 1.8, the words “electronic data interchange (EDI) techniques” are replaced by the words “systems for the electronic exchange of information” and the word “techniques” is replaced by the word “systems”.

22 Dans la norme 1.8 actuelle, remplacer «techniques d'échange de données informatisées» par «systèmes d'échange électronique de l'information» et «techniques» par «systèmes».

22 In der bisherigen Norm 1.8 werden die Worte „Verfahren des elektronischen Datenaustauschs (EDA)“ ersetzt durch „Systemen zum elektronischen Informationsaustausch“ und das Wort „Verfahren“ durch „Systeme“.

D. Illicit drug trafficking

D. Trafic illicite de drogues

D. Unerlaubter Verkehr mit Suchtstoffen

23 The existing Recommended Practice 1.11 is deleted:

23 La pratique recommandée 1.11 actuelle est supprimée.

23 Die bisherige Empfehlung 1.11 wird gestrichen.

24 The following new section “E – Control techniques” is added after the existing section “D – Illicit drug trafficking”:

24 Une nouvelle section E intitulée «Techniques de contrôle» est ajoutée à la suite de l'actuelle section D (Trafic illicite de drogues), comme suit:

24 Der folgende neue Buchstabe „E. Kontrollverfahren“ wird nach dem bisherigen Buchstaben „D. Unerlaubter Verkehr mit Suchtstoffen“ angefügt:

“E. Control techniques

«E. Techniques de contrôle

„E. Kontrollverfahren

1.11 Standard. Public authorities shall use risk management to enhance their border control procedures related to:

1.11 Norme. Les pouvoirs publics devraient avoir recours à la gestion des risques pour renforcer leurs procédures de contrôle aux frontières en ce qui concerne:

1.11 Norm. Die öffentlichen Behörden benutzen das Risikomanagement dazu, ihre Grenzkontrollverfahren im Hinblick auf

- the release/clearance of cargo;
- security requirements;
- their ability to target smuggling,

- la mainlevée et le dédouanement de la cargaison;
- les dispositions en matière de sûreté;
- le ciblage de la contrebande,

- die Überlassung/Abfertigung von Fracht;
- Sicherheitsvorschriften;
- ihre Fähigkeit zur Bekämpfung des Schmuggels

thereby facilitating the legitimate circulation of persons and goods.”

et faciliter ainsi la légitime circulation des personnes et des biens.»

zu verbessern, wodurch der erlaubte Verkehr von Personen und Gütern erleichtert wird.“

Section 2

Arrival, stay and
departure of the ship

A. General

25 In the existing Standard 2.1, the new document "Dangerous Goods Manifest" is added after the existing document "Passenger List".

26 The following new Recommended Practices 2.1.2, 2.1.3, 2.1.4 and 2.1.5 are added after the existing Standard 2.1.1:

„2.1.2 **Recommended Practice.** Public authorities should develop procedures to use pre-arrival and pre-departure information in order to facilitate the processing of information required by public authorities for the expedited subsequent release/clearance of cargo and persons.

2.1.3 **Recommended Practice.** National legislation should specify the conditions for the lodgement of pre-arrival and pre-departure information. With regard to the point in time of transmission of the pre-arrival information, it should not normally be set substantially before the moment the ship has left the country of departure. However, national legislation could, in addition to the basic rule, also specify the exceptions if the time required for the voyage is shorter than the basic rule.

2.1.4 **Recommended Practice.** Public authorities should not require the lodgment of a separate General Declaration, Cargo Declaration, Crew List and Passenger List if the data elements contained in these documents are included in the pre-arrival information.

2.1.5 **Recommended Practice.** Public authorities should:

- (a) develop systems for the electronic transmission of data for the lodgment of pre-arrival and pre-departure information;
- (b) consider the re-use or subsequent use of the pre-arrival and pre-departure information in subsequent procedures as part of all the information required for the release/clearance of passengers and cargo."

B. Contents and purpose of documents

27 In the existing Standard 2.2, the word "information" is replaced by the word "data".

28 In the existing Recommended Practice 2.2.1, the word "a" after the words "the departure of" is replaced by the word "the".

Chapitre 2

Entrée, séjour au port
et sortie des navires

A. Dispositions générales

25 Dans la norme 2.1 actuelle, le nouveau document dénommé «manifeste des marchandises dangereuses» est énuméré à la suite de la liste des passagers.

26 Les nouvelles pratiques recommandées 2.1.2, 2.1.3, 2.1.4 et 2.1.5 sont ajoutées à la suite de la norme 2.1.1 existante comme suit:

«2.1.2 **Pratique recommandée.** En vue de faciliter le traitement des données qu'ils exigent et d'effectuer rapidement par la suite la mainlevée et le dédouanement des marchandises et le contrôle des personnes, les pouvoirs publics devraient mettre au point des procédures permettant de transmettre ces données préalablement à l'entrée et à la sortie du navire.

2.1.3 **Pratique recommandée.** La législation nationale devrait préciser les conditions relatives à la transmission des données préalablement à l'entrée et à la sortie du navire. Le moment auquel les données préalables à l'entrée devraient être transmises ne devrait pas normalement être bien antérieur au moment où le navire quitte le pays de départ. La législation nationale pourrait toutefois, outre la règle de base, définir également les exceptions dans le cas où le temps nécessaire au voyage serait plus court.

2.1.4 **Pratique recommandée.** Les pouvoirs publics ne devraient pas exiger la transmission séparée d'une déclaration générale, d'une déclaration de cargaison, de la liste de l'équipage et de la liste des passagers lorsque les éléments de données contenus dans ces documents sont inclus dans l'information transmise par anticipation.

2.1.5 **Pratique recommandée.** Les pouvoirs publics devraient:

- a) élaborer des systèmes permettant de transmettre électroniquement des données préalablement à l'arrivée ou au départ du navire;
- b) envisager la réutilisation ou l'utilisation ultérieure des données transmises préalablement à l'arrivée ou au départ du navire dans le cadre des procédures ultérieures de mainlevée ou de dédouanement des marchandises et de contrôle des passagers.»

B. Contenu et objet des papiers de bord

27 Dans la norme 2.2 actuelle, les mots «renseignements relatifs» sont remplacés par les mots «données relatives».

28 Dans la pratique recommandée 2.2.1 actuelle, les mots «d'un navire» sont remplacés par les mots «du navire».

Abschnitt 2

Einlaufen, Aufenthalt
und Auslaufen der Schiffe

A. Allgemeines

25 In der bisherigen Norm 2.1 wird das neue Dokument „Gefahrgut-Manifest“ nach dem bisherigen Dokument „Fahrgastliste“ eingefügt.

26 Die folgenden neuen Empfehlungen 2.1.2, 2.1.3, 2.1.4 und 2.1.5 werden nach der bisherigen Norm 2.1.1 eingefügt:

„2.1.2 **Empfehlung.** Die öffentlichen Behörden sollen Verfahren für die Nutzung von vor dem Ein- und Auslaufen erhaltenen Angaben erarbeiten, um die Bearbeitung der von den öffentlichen Behörden zur Beschleunigung der nachfolgenden Überlassung/Abfertigung von Fracht und Personen verlangten Angaben zu erleichtern.

2.1.3 **Empfehlung.** Die innerstaatlichen Rechtsvorschriften sollen die Bedingungen für die Übermittlung von Angaben vor dem Ein- und Auslaufen näher bestimmen. Der Zeitpunkt für die Übermittlung der Angaben vor dem Einlaufen soll üblicherweise nicht wesentlich vor dem Zeitpunkt liegen, zu dem das Schiff das Abfahrtsland verlassen hat. Allerdings können die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über die grundsätzliche Regelung hinaus auch die Ausnahmen festlegen, wenn die für die Reise erforderliche Zeit kürzer ist als die der grundsätzlichen Regelung.

2.1.4 **Empfehlung.** Die öffentlichen Behörden sollen nicht die Hinterlegung einer gesonderten Allgemeinen Erklärung, Frachterklärung, Besatzungsliste und Fahrgastliste verlangen, wenn die in diesen Dokumenten enthaltenen Einzeldaten in den vor dem Einlaufen übermittelten Angaben enthalten sind.

2.1.5 **Empfehlung.** Die öffentlichen Behörden sollen

- a) Systeme zur elektronischen Datenübermittlung betreffend die Angaben vor dem Ein- und Auslaufen erarbeiten;
- b) die Wiederverwendung oder spätere Verwendung der vor dem Ein- und Auslaufen erhaltenen Angaben in nachfolgenden Verfahren als Teil aller für die Überlassung/Abfertigung von Fahrgästen und Fracht erforderlichen Angaben prüfen.“

B. Inhalt und Zweck der Dokumente

27 In der bisherigen Norm 2.2 wird das Wort „Angaben“ durch „Daten“ ersetzt.

28 In der bisherigen Empfehlung 2.2.1 wird das Wort „eines“ nach „Auslaufen“ ersetzt durch „des“.

- 29 In the existing Recommended Practice 2.2.2, the word "information" is replaced by the word "data" and a new bullet "• the ship's requirements in terms of waste and residue reception facilities" is added after the existing bullet "• position of the ship in the port". The first bullet is replaced by the words "Name, type and IMO number of ship". In the second bullet, the word "nationality" is replaced by the words "flag State". In the sixth bullet, the word "address" is replaced by the words "contact details". A new bullet is added after the first one as follows: "• call sign". A new bullet is added after the last one as follows: "• last port of call/next port of call".
- 29 Dans la pratique recommandée 2.2.2 actuelle, les mots «d'autres renseignements que les suivants» sont remplacés par les mots «d'autres données que les suivantes» et une nouvelle rubrique libellée comme suit: «• besoins du navire en installations de réception des déchets et résidus est ajoutée à la suite de la rubrique «• emplacement du navire dans le port». La première rubrique est remplacée par les mots «Nom, type et numéro OMI du navire». Dans la deuxième rubrique, le mot «nationalité» est supprimé et remplacé par «État du pavillon». Dans la sixième rubrique, le mot «adresse» est remplacé par le mot «coordonnées». Une nouvelle rubrique est ajoutée après la première, comme suit: «• indicatif d'appel». Une nouvelle rubrique est ajoutée après la dernière, comme suit: «• dernier port d'escale/prochain port d'escale».
- 29 In der bisherigen Empfehlung 2.2.2 wird das Wort „Angaben“ ersetzt durch „Daten“; ein neuer Aufzählungspunkt „• Anforderungen des Schiffes in Bezug auf Auffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände“ wird nach dem vorhandenen Aufzählungspunkt „• Liegeplatz des Schiffes im Hafen“ angefügt. Der erste Aufzählungspunkt wird ersetzt durch „Name, Art und IMO-Nummer des Schiffes“. Im zweiten Aufzählungspunkt wird das Wort „Staatszugehörigkeit“ ersetzt durch „Flaggenstaat“. Im sechsten Aufzählungspunkt wird das Wort „Anschrift“ ersetzt durch „Kontaktdaten“. Nach dem ersten Aufzählungspunkt wird der folgende neue Aufzählungspunkt eingefügt: „• Rufzeichen“. Nach dem letzten Aufzählungspunkt wird der folgende neue Aufzählungspunkt angefügt: „• letzter Anlaufhafen/nächster Anlaufhafen“.
- 30 In the existing Standard 2.2.3, the word "a" after the words "shall accept" is replaced by the words "that the" and the word "is" is added after the words "General Declaration".
- 30 Le texte de la norme 2.2.3 actuelle est remplacé par ce qui suit: «Les pouvoirs publics acceptent que la déclaration générale soit datée et signée par le capitaine, l'agent du navire ou toute autre personne dûment autorisée par le capitaine, ou soit authentifiée d'une manière jugée acceptable par le pouvoir public concerné.»
- 30 In der bisherigen Norm 2.2.3 werden die Worte „eine Allgemeine Erklärung an, die“ ersetzt durch „an, dass die Allgemeine Erklärung“.
- 31 In the existing Standard 2.3, the word "information" is replaced by the word "data".
- 31 Dans la norme 2.3 actuelle, les mots «renseignements relatifs» sont remplacés par les mots «données relatives».
- 31 In der bisherigen Norm 2.3 wird das Wort „Angaben“ durch „Daten“ ersetzt.
- 32 In the existing Recommended Practice 2.3.1, the word "data" is added after the word "following" and the words "or, if available, the HS Code")" are added at the end of the bullet "• container identification", where appropriate; marks and numbers and kind of packages; quantity and description of the goods. A new "Note" is added after the existing "Note" as follows:
- 32 Dans la pratique recommandée 2.3.1 actuelle, les mots «d'autres renseignements que les suivants» sont remplacés par les mots «d'autres données que les suivantes» et les mots «ou code du Système Harmonisé (SH) s'il est connu*)» sont ajoutés à la fin de la rubrique «• identification du conteneur». Une nouvelle note est ajoutée à la suite de la note existante comme suit:
- 32 In der bisherigen Empfehlung 2.3.1 wird das Wort „Angaben“ durch „Daten“ ersetzt und die Worte „oder, soweit vorhanden, der HS-Code“)“ werden am Ende des Aufzählungspunkts „• gegebenenfalls die Containerbezeichnung; Kennzeichen und Nummern, Anzahl und Art der Packstücke, Menge und Beschreibung der Güter“ angefügt. Nach der bisherigen Anmerkung wird die folgende neue Anmerkung angefügt:
- „Note: To facilitate the processing of information required by public authorities, all parties involved should use an appropriate description of the goods and refrain from using generic terms, such as "general cargo", "parts", etc.“
- «Note: Afin de faciliter le traitement des données requises par les pouvoirs publics, toutes les parties intéressées devraient recourir à une description précise des marchandises et s'abstenir d'employer des termes génériques tels que «marchandises diverses», «pièces», etc.»
- „Anmerkung: Zur Erleichterung der Bearbeitung der von den öffentlichen Behörden verlangten Angaben sollen alle Beteiligten eine angemessene Bezeichnung der Waren verwenden und von der Verwendung von Oberbegriffen wie „Stückgut“, „Teile“ usw. absehen.“

*) Convention on the Harmonized Commodity Description and Coding System: also known as the "Harmonized System" (HS). This international convention came into force on 1 January 1988; its objective is to establish a description and coding system for use by Customs administrations when designating commodities of commodity groups for the purposes of setting Customs tariffs and collecting statistics.

*) Convention internationale sur le Système harmonisé de désignation et de codification des marchandises. Cette convention est entrée en vigueur le 1^{er} janvier 1988; elle vise à établir un système de désignation et de codification destiné à être utilisé par les autorités douanières pour désigner des marchandises ou groupes de marchandises aux fins de la tarification douanière et de la collecte de statistiques.

*) Internationales Übereinkommen über das Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren; gebräuchliche Abkürzung: „Harmonisiertes System“ (HS). Dieses internationale Übereinkommen trat am 1. Januar 1988 in Kraft; sein Ziel ist die Erstellung eines Systems zur Bezeichnung und Codierung, das von den Zollverwaltungen zur Bezeichnung von Waren oder Warengruppen zum Zweck der Festsetzung von Zöllen oder der Zusammenstellung von Statistiken angewendet werden kann.

The first bullet in 2.3.1(a) and (b) is replaced by the words "Name and IMO number of ship". A new bullet is added in (a) and (b), after the first one as follows: "• flag State of ship". In the existing third bullet, the words "port arrived from" are replaced by the words "port of loading". In the third bullet in (b), the word "destination" is replaced by the word "discharge". A new bullet is added in (a) and (b), after the third one as follows: "• call sign".

La première rubrique des alinéas a) et b) du paragraphe 2.3.1 est remplacée par l'expression «Nom et numéro OMI du navire». Une nouvelle rubrique est ajoutée aux alinéas a) et b) après la première comme suit: «• État du pavillon du navire». Dans la troisième rubrique actuelle, l'expression «port de provenance» est remplacée par l'expression «port de chargement». Dans la troisième rubrique de l'alinéa b), le mot «destination» est remplacé par le mot «déchargement». Une nouvelle rubrique est ajoutée aux alinéas a) et b), après la troisième, comme suit: «• indicatif d'appel».

Der erste Aufzählungspunkt unter den Buchstaben a) und b) der Empfehlung 2.3.1 wird ersetzt durch „Name und IMO-Nummer des Schiffes“. Nach dem ersten Aufzählungspunkt unter den Buchstaben a) und b) wird der folgende neue Aufzählungspunkt eingefügt: „• Flaggenstaat des Schiffes“. In dem bisherigen dritten Aufzählungspunkt unter Buchstabe a) werden die Worte „Hafen, aus dem das Schiff kommt“ ersetzt durch „Verladehafen“. In dem bisherigen dritten Aufzählungspunkt unter Buchstabe b) wird das Wort „Bestimmungshafen“ ersetzt durch „Löschhafen“. Nach dem [neuen] dritten Aufzählungspunkt unter den Buchstaben a) und b) wird der folgende neue Aufzählungspunkt eingefügt: „• Rufzeichen“.

33 In the existing Standard 2.3.3, the word "a" after "shall accept" is replaced by the words "that the" and the word "is" is added after the words "Cargo Declaration".

33 Le texte de la norme 2.3.3 actuelle est remplacé par ce qui suit: «Les pouvoirs publics acceptent que la déclaration de la cargaison soit datée et signée par le capitaine, l'agent du navire ou toute autre personne dûment autorisée par le capitaine, ou soit authentifiée d'une manière jugée acceptable par le pouvoir public concerné».

33 In der bisherigen Norm 2.3.3 werden die Worte „eine Frachterklärung an, die“ ersetzt durch „an, dass die Frachterklärung“.

34 In the existing Recommended Practice 2.3.4.1, the word "information" is replaced by the words "data required and identified".

34 Dans la pratique recommandée 2.3.4.1 actuelle, le membre de phrase «renseignements visés dans la pratique recommandée 2.3.1 et la norme 2.3.2 qui ne figurent pas sur lesdites copies sont fournis par ailleurs et dûment certifiés» est remplacé par «données requises et identifiées dans la pratique recommandée 2.3.1 et la norme 2.3.2 qui ne figurent pas sur lesdites copies sont fournies par ailleurs et dûment certifiées».

34 In der bisherigen Empfehlung 2.3.4.1 wird das Wort „Angaben“ gestrichen und nach „2.3.2“ Folgendes ergänzt: „erforderlichen und erfassten Daten“.

35 In the existing Standard 2.4.1, the word "a" after "shall accept" is replaced by the words "that the", and the word "is" added after the words "Stores Declaration".

35 Le texte de la norme 2.4.1 actuelle est remplacé par ce qui suit: «Les pouvoirs publics acceptent que la déclaration des provisions de bord soit datée et signée par le capitaine ou par un officier de bord dûment autorisé par le capitaine et ayant une connaissance personnelle de ces provisions, ou soit authentifiée d'une manière jugée acceptable par le pouvoir public concerné».

35 In der bisherigen Norm 2.4.1 werden die Worte „eine Erklärung über die Schiffsvorräte an, die“ ersetzt durch „an, dass die Erklärung über die Schiffsvorräte“.

36 In the existing Standard 2.5.1, the word "a" after "shall accept" is replaced by the words "that the", and the word "is" added after the words "Crew's Effect Declaration".

36 La première phrase de la norme 2.5.1 actuelle est remplacée par ce qui suit: «Les pouvoirs publics acceptent que la déclaration des effets et marchandises de l'équipage soit datée et signée par le capitaine du navire ou par un autre officier de bord dûment autorisé par le capitaine, ou soit authentifiée d'une manière acceptable par le pouvoir public concerné».

36 In der bisherigen Norm 2.5.1 werden die Worte „eine Erklärung über die persönliche Habe der Besatzung an, die“ ersetzt durch „an, dass die Erklärung über die persönliche Habe der Besatzung“.

37 In the existing Standard 2.6, the word "providing" is replaced by the words "required by" and the words "with information" are replaced by the words "containing data".

37 Le texte de la norme 2.6 actuelle est modifié comme suit: «La liste de l'équipage est le document de base requis par les pouvoirs publics sur lequel figurent les données relatives au nombre de membres de l'équipage et à sa composition, à l'entrée comme à la sortie d'un navire».

37 Die bisherige Norm 2.6 wird wie folgt gefasst: „Die Besatzungsliste ist das grundlegende Dokument, das von den öffentlichen Behörden verlangt wird und Daten über die Anzahl und Zusammensetzung der Besatzung beim Ein- und Auslaufen eines Schiffes enthält.“

- 38 In the existing Standard 2.6.1, the word "data" is added after the word "following" and the bullet "• arriving from port" is replaced with a bullet "• last port of call". The first bullet is replaced by the words "Name and IMO number of ship". A new bullet is added after the first one as follows: "• flag State of ship". A new bullet is added after the first one as follows: "• call sign".
- 38 Dans la norme 2.6.1 actuelle, les mots «d'autres renseignements que les suivants» sont remplacés par les mots «d'autres données que les suivantes» et la rubrique «• venant de» est remplacée par «• dernier port d'escale». La première rubrique est remplacée par l'expression «Nom et numéro OMI du navire». Une nouvelle rubrique est ajoutée après la première comme suit: «• État du pavillon du navire». Une nouvelle rubrique est ajoutée après la première comme suit: «• indicatif d'appel».
- 38 In der bisherigen Norm 2.6.1 wird das Wort „Angaben“ durch „Daten“ ersetzt und der Aufzählungspunkt „• angekommen aus“ ersetzt durch den Aufzählungspunkt „• letzter Anlaufhafen“. Der erste Aufzählungspunkt wird ersetzt durch „Name und IMO-Nummer des Schiffes“. Nach dem ersten Aufzählungspunkt werden die beiden folgenden neuen Aufzählungspunkte eingefügt: „• Flaggenstaat des Schiffes“ und „• Rufzeichen“.
- 39 In the existing Standard 2.6.2, the word "a" after "shall accept" is replaced by the words "that the" and the word "is" is added after the words "Crew List".
- 39 Le texte de la norme 2.6.2 est remplacé par ce qui suit: «Les pouvoirs publics acceptent que la liste de l'équipage soit datée et signée par le capitaine ou un autre officier de bord dûment autorisé par le capitaine, ou soit authentifiée d'une manière jugée acceptable par le pouvoir public concerné.»
- 39 In der bisherigen Norm 2.6.2 werden die Worte „eine Besatzungsliste an, die“ ersetzt durch „an, dass die Besatzungsliste“.
- 40 In the existing Standard 2.7, the word "providing" is replaced by the words "required by" and the words "with information" are replaced by the words "containing the data".
- 40 Le texte de la norme 2.7 actuelle est remplacé par ce qui suit: «La liste des passagers est le document de base requis par les pouvoirs publics sur lequel figurent les données relatives aux passagers, à l'arrivée comme à la sortie d'un navire.»
- 40 Die bisherige Norm 2.7 wird wie folgt gefasst: „Die Fahrgastliste ist das grundlegende Dokument, das von den öffentlichen Behörden verlangt wird und Daten über die Fahrgäste beim Ein- und Auslaufen eines Schiffes enthält.“
- 41 In the existing Recommended Practice 2.7.3, the word "information" in the first sentence is replaced by the word "data". New bullets "• type of identity document supplied by the passenger" and "• serial number of identity document" are added after the existing bullet "• place of birth"; and a new bullet "• transit passenger or not" is added after the existing bullet "• port and date of arrival of the ship". The first bullet is replaced by the words "Name and IMO number of ship". A new bullet is added after the first one as follows: "• flag State of ship". A new bullet is added after the first one as follows: "• call sign".
- 41 Dans la pratique recommandée 2.7.3 actuelle, les mots «d'autres renseignements que les suivants» sont remplacés par les mots «d'autres données que les suivantes» et les deux nouvelles rubriques suivantes: «• nature de la pièce d'identité présentée par le passager» et «• numéro de cette pièce d'identité» sont ajoutées à la suite de la rubrique «• lieu de naissance», tandis que la nouvelle rubrique «• passager en transit ou non» est ajoutée à la suite de la rubrique «• port et date d'entrée du navire». La première rubrique est remplacée par l'expression «Nom et numéro OMI du navire». Une nouvelle rubrique est ajoutée après la première comme suit: «• État du pavillon du navire». Une nouvelle rubrique est ajoutée après la première comme suit: «• indicatif d'appel».
- 41 In der bisherigen Empfehlung 2.7.3 wird das Wort „Angaben“ in Satz 1 durch das Wort „Daten“ ersetzt. Zwei neue Aufzählungspunkte „• Art des vom Fahrgast vorzulegenden Identitätsdokuments“ und „• Seriennummer des Identitätsdokuments“ werden nach dem bisherigen Aufzählungspunkt „• Geburtsort“ eingefügt und ein neuer Aufzählungspunkt „• Fahrgast im Durchgangsverkehr oder nicht“ wird nach dem bisherigen Aufzählungspunkt „• Einlaufhafen und -datum des Schiffes“ eingefügt. Der erste Aufzählungspunkt wird ersetzt durch „Name und IMO-Nummer des Schiffes“. Nach dem ersten Aufzählungspunkt wird der folgende neue Aufzählungspunkt eingefügt: „• Flaggenstaat des Schiffes“. Nach dem ersten Aufzählungspunkt wird der folgende neue Aufzählungspunkt eingefügt: „• Rufzeichen“.
- 42 In the existing Standard 2.7.5, the word "a" after "shall accept" is replaced by the words "that the", and the word "is" added after the words "Passenger List".
- 42 Le texte de la norme 2.7.5 actuelle est remplacé par ce qui suit: «Les pouvoirs publics acceptent que la liste des passagers soit datée et signée par le capitaine, l'agent du navire ou toute autre personne dûment autorisée par le capitaine, ou soit authentifiée de manière acceptable par le pouvoir public concerné.»
- 42 In der bisherigen Norm 2.7.5 werden die Worte „eine Fahrgastliste an, die“ ersetzt durch „an, dass die Fahrgastliste“.
- 43 In the existing Standard 2.8.1, in the third bullet the word "Nationality" is replaced by the words "Flag State". A new bullet is added after the first one as follows: "• Call sign".
- 43 Dans la norme 2.8.1 actuelle, à la troisième rubrique, le mot «Nationalité» est remplacé par les mots «État du pavillon». Une nouvelle rubrique est ajoutée après la première comme suit: «• Indicatif d'appel».
- 43 In der bisherigen Norm 2.8.1 wird im dritten Aufzählungspunkt das Wort „Staatszugehörigkeit“ ersetzt durch „Flaggenstaat“. Nach dem ersten Aufzählungspunkt wird der folgende neue Aufzählungspunkt eingefügt: „• Rufzeichen“.

44 The existing Standard 2.9 is amended to read as follows:

„2.9 **Standard.** Public authorities shall not require on arrival or departure of the ship any written declaration in respect of postal items other than that prescribed in the Universal Postal Convention, provided the latter is actually produced. In the absence of such a document, the postal objects (number and weight) must be shown in the Cargo Declaration.“

45 In the existing Standard 2.10, the words „providing information“ are replaced by the words „containing the data“.

44 Dans la norme 2.9 actuelle, le texte existant est remplacé par ce qui suit:

„2.9 **Norme.** À l'entrée comme à la sortie d'un navire, les pouvoirs publics n'exigent pas, pour les objets postaux, de déclaration écrite autre que celle prescrite par la Convention postale universelle sous réserve que cette dernière soit effectivement présentée. En l'absence d'un tel document, les objets postaux (nombre et poids) devront figurer dans la déclaration de la cargaison.“

45 Dans la norme 2.10 actuelle, le texte existant est remplacé par ce qui suit: «La déclaration maritime de santé est le document de base requis par l'autorité sanitaire du port sur lequel figurent les données relatives à l'état sanitaire à bord du navire, au cours de la traversée et à son entrée dans le port.»

44 Die bisherige Norm 2.9 wird wie folgt gefasst:

„2.9 **Norm.** Die öffentlichen Behörden verlangen beim Ein- oder Auslaufen des Schiffes bezüglich der Postsachen nur die im Weltpostvertrag vorgeschriebenen schriftlichen Erklärungen, sofern diese tatsächlich vorgelegt werden können. Ist ein derartiges Dokument nicht vorhanden, so müssen die Postsachen (Anzahl und Gewicht) in der Frachterklärung aufgeführt werden.“

45 In der bisherigen Norm 2.10 wird das Wort „Angaben“ durch „Daten“ ersetzt.

D. Documents on departure

46 In the existing Recommended Practice 2.12.2, the words „for the purpose“ are added before the words „in that port“.

47 The existing Standard 2.12.3 is amended to read as follows:

„2.12.3 **Standard.** Where public authorities require information about the crew of a ship on its departure from the port, one of the copies of the Crew List presented on arrival at the port shall be accepted on departure, provided it is signed again by the master or an officer duly authorized by him, and endorsed to indicate any change in the number or composition of the crew at the time of the ship's departure or to indicate that no such change has occurred during the ship's stay in the port.“

D. Documents de sortie

46 Dans la pratique recommandée 2.12.2 actuelle, les mots «à cet effet» sont ajoutés après le mot «présenté».

47 Dans la norme 2.12.3 actuelle, le texte existant est remplacé par ce qui suit:

„2.12.3 **Norme.** Lorsque les pouvoirs publics demandent des renseignements concernant l'équipage d'un navire à la sortie du port, un des exemplaires de la liste de l'équipage présenté à l'arrivée au port est accepté à la sortie s'il est à nouveau signé par le capitaine ou par un officier dûment habilité par le capitaine, et fait état de toute modification apportée au nombre ou à la composition de l'équipage lors du départ du navire, ou précise qu'aucune modification n'a été apportée en la matière durant le séjour au port du navire.“

D. Dokumente beim Auslaufen

46 In der bisherigen Empfehlung 2.12.2 werden die Worte „zu diesem Zweck“ vor „in dem betreffenden Hafen“ eingefügt.

47 Die bisherige Norm 2.12.3 wird wie folgt gefasst:

„2.12.3 **Norm.** Wenn die öffentlichen Behörden beim Auslaufen eines Schiffes aus dem Hafen Angaben über seine Besatzung verlangen, wird eine der Abschriften der beim Einlaufen in den Hafen vorgelegten Besatzungsliste auch beim Auslaufen entgegengenommen, sofern sie erneut vom Kapitän oder einem von ihm ordnungsgemäß befugten Offizier unterschrieben und mit einem Vermerk über etwaige Änderungen in der Zahl oder Zusammensetzung der Besatzung zum Zeitpunkt des Auslaufens des Schiffes oder über das Fehlen derartiger Veränderungen während des Aufenthalts des Schiffes im Hafen versehen wurde.“

F. Completion of documents

48 In the existing Recommended Practice 2.15, the word „information“ is replaced by the word „data“.

49 In the existing Standard 2.16, the word „information“ is replaced by the word „documents“ and the words „automatic data processing techniques“ are replaced by the words „the use of information technology“.

F. Établissement des documents

48 Dans la pratique recommandée 2.15 actuelle, les mots «les renseignements sont fournis» sont remplacés par les mots «les données sont fournies».

49 Dans la norme 2.16 actuelle, le mot «renseignements» est remplacé par le mot «documents» et les mots «de traitement automatique de l'information» sont remplacés par le mot «informatiques».

F. Ausfüllen von Dokumenten

48 In der bisherigen Empfehlung 2.15 wird das Wort „Angaben“ durch „Daten“ ersetzt.

49 In der bisherigen Norm 2.16 wird das Wort „Angaben“ ersetzt durch „Dokumente“ und die Worte „automatische Datenverarbeitungsverfahren“ ersetzt durch „Anwendung der Informationstechnik“.

G. Errors in documentation and penalties therefore

50 In the existing Standard 2.19, the word „the“ is added between the words „violate“ and „laws“ and the words „of the port State“ are added at the end of the paragraph.

G. Erreurs dans les documents: sanctions

50 Dans la norme 2.19 actuelle, les mots «de l'État du port» sont ajoutés à la fin du paragraphe.

G. Fehler in den Dokumenten und Strafen dafür

50 In der bisherigen Norm 2.19 werden nach dem Wort „Vorschriften“ die Worte „des Hafenstaats“ eingefügt.

H. Special measures of facilitation for ships calling at ports in order to put ashore sick or injured crew members, passengers or other persons for emergency medical treatment

51 The words "persons rescued at sea" are added to subsection H to read as follows:

"H. Special measures of facilitation for ships calling at ports in order to put ashore sick or injured crew members, passengers, persons rescued at sea or other persons for emergency medical treatment."

52 The words "persons rescued at sea" are added to and the words "and status" are deleted from, Standard 2.20 to read as follows:

"2.20 Standard. Public authorities shall seek the co-operation of shipowners to ensure that, when ships intend to call at ports for the sole purpose of putting ashore sick or injured crew members, passengers, persons rescued at sea, or other persons for emergency medical treatment, the master shall give the public authorities as much notice as possible of that intention, with the fullest possible details of the sickness or injury and of the identity of the persons."

53 In the existing Standard 2.24, the word "information" is replaced by the word "data" and the word "that" is replaced by the word "those".

Section 5

Arrival, stay and departure of cargo and other articles

54 In the existing Recommended Practice 5.3, the word "mail" is replaced by the words "postal items" and the words "or importation" are added between the words "sea" and "should".

55 The existing Recommended Practice 5.5 is amended to read as follows:

"5.5 Recommended Practice. When the nature of a consignment could attract the attention of different agencies authorized to carry out inspections, such as Customs and veterinary or sanitary controllers, Contracting Governments should authorize either Customs or one of the other agencies to carry out the required procedures or, where that is not feasible, take all necessary steps to ensure that such clearance is carried out simultaneously at one place

H. Mesures particulières de simplification des formalités en faveur des navires faisant escale dans des ports pour y débarquer des membres de l'équipage, des passagers ou d'autres personnes malades ou blessés nécessitant un traitement médical urgent

51 Les mots «des personnes secourues en mer» sont ajoutés dans le titre de la section H comme suit:

«H. Mesures particulières de simplification des formalités en faveur des navires faisant escale dans des ports pour y débarquer des membres de l'équipage, des passagers, des personnes secourues en mer ou d'autres personnes malades ou blessés nécessitant un traitement médical urgent».

52 Dans la norme 2.20, les mots «des personnes secourues en mer» sont ajoutés et les mots «et le statut» supprimés comme suit:

«2.20 Norme. Les pouvoirs publics recherchent la collaboration des propriétaires de navires pour que les capitaines des navires qui ont l'intention de faire escale dans les ports à la seule fin d'y débarquer des membres de l'équipage, des passagers, des personnes secourues en mer ou d'autres personnes malades ou blessés nécessitant un traitement médical urgent préviennent les pouvoirs publics aussi longtemps à l'avance que possible de leur intention, en donnant des renseignements les plus complets possible sur la maladie ou les blessures ainsi que sur l'identité des personnes.»

53 Dans la norme 2.24 actuelle, les mots «de renseignements autres que ceux qui sont indiqués» sont remplacés par les mots «de données autres que celles qui sont indiquées».

Chapitre 5

Entrée, séjour au port et sortie des cargaisons et autres articles

54 Dans la pratique recommandée 5.3 actuelle, les mots «ou importation» sont ajoutés après les mots «avant expédition par mer» et les mots «le courrier» sont remplacés par les mots «les objets postaux».

55 La pratique recommandée 5.5 actuelle est modifiée comme suit:

«5.5 Pratique recommandée. Lorsqu'un chargement pourrait, de par sa nature, attirer l'attention de différents services chargés des contrôles – douaniers, vétérinaires, ou sanitaires, par exemple – les Gouvernements contractants devraient habiliter le service des douanes ou l'un des autres services à procéder aux formalités requises ou, lorsque cela n'est pas possible, prendre toutes les mesures nécessaires pour s'assurer que ces formalités sont accom-

H. Besondere Erleichterungsmaßnahmen für Schiffe, die einen Hafen anlaufen, um kranke oder verletzte Besatzungsmitglieder, Fahrgäste oder andere Personen zwecks ärztlicher Erster Hilfe an Land zu setzen

51 Die Worte „Personen, die auf See gerettet wurden“ werden unter Buchstabe H eingefügt, der dann wie folgt lautet:

„H. Besondere Erleichterungsmaßnahmen für Schiffe, die einen Hafen anlaufen, um kranke oder verletzte Besatzungsmitglieder, Fahrgäste, Personen, die auf See gerettet wurden, oder andere Personen zwecks ärztlicher Erster Hilfe an Land zu setzen.“

52 In Norm 2.20 werden die Worte „Personen, die auf See gerettet wurden“ eingefügt und die Worte „und Stellung“ gestrichen; somit lautet diese Norm wie folgt:

„2.20 Norm. Die öffentlichen Behörden bemühen sich um die Unterstützung der Reeder, um sicherzustellen, dass der Kapitän, wenn ein Schiff einen Hafen nur zu dem Zweck anzulaufen beabsichtigt, kranke oder verletzte Besatzungsmitglieder, Fahrgäste, Personen, die auf See gerettet wurden, oder andere Personen zwecks ärztlicher Erster Hilfe an Land zu setzen, die öffentlichen Behörden so früh wie möglich über diese Absicht unterrichtet und ihnen möglichst viele Einzelheiten über die Krankheit oder Verletzung und die Identität der Personen mitteilt.“

53 In der bisherigen Norm 2.24 wird das Wort „Angaben“ durch „Daten“ ersetzt.

Abschnitt 5

Ankunft, Verbleib und Abgang der Ladung und anderer Gegenstände

54 In der bisherigen Empfehlung 5.3 wird das Wort „Post“ durch „Postsachen“ ersetzt und die Worte „oder Einfuhr“ werden nach „Verschiffung“ eingefügt.

55 Die bisherige Empfehlung 5.5 wird wie folgt gefasst:

„5.5 Empfehlung. Besteht aufgrund der Beschaffenheit eines Versandstücks die Möglichkeit, dass sich verschiedene Kontrollbehörden dafür interessieren, wie zum Beispiel der Zoll und die Veterinär- oder Gesundheitsbehörden, so sollen die Vertragsregierungen den Zoll oder eine der sonstigen Behörden ermächtigen, die erforderlichen Verfahren durchzuführen, oder, wenn dies nicht möglich ist, alle erforderlichen Schritte unternehmen, damit sicher-

and with a minimum of delay.”

plies simultanément au même endroit et en un minimum de temps.»

gestellt ist, dass die Abfertigung gleichzeitig an einer Stelle und mit möglichst geringer Verzögerung erfolgt.“

B. Clearance of cargo

B. Accomplissement des formalités douanières concernant la cargaison

B. Abfertigung der Ladung

56 The existing Standard 5.7 is amended to read as follows:

56 La pratique recommandée 5.7 actuelle est modifiée comme suit:

56 Die bisherige Norm 5.7 wird wie folgt gefasst:

„5.7 **Standard.** Public authorities shall, subject to compliance with any national prohibitions or restrictions and any measures required for port security or the prevention of trafficking of narcotics, grant priority clearance to live animals, perishable goods and other consignments of an urgent nature.”

«5.7 **Norme.** Les pouvoirs publics, sous réserve de toutes interdictions ou restrictions nationales et de toutes mesures nécessaires pour la sûreté des ports et la répression du trafic de stupéfiants, accordent la priorité du dédouanement aux animaux vivants, aux marchandises périssables et aux autres chargements de nature urgente.»

„5.7 **Norm.** Vorbehaltlich nationaler Verbote oder Beschränkungen und notwendiger Maßnahmen zur Sicherheit der Häfen oder zur Verhütung des unerlaubten Verkehrs mit Suchtstoffen räumen die öffentlichen Behörden der Abfertigung lebender Tiere, leichtverderblicher Waren und sonstiger Ladungen dringlicher Art Vorrang ein.“

57 The following new Recommended Practice 5.7.1 is added after the existing Standard 5.7:

57 La nouvelle pratique recommandée 5.7.1 ci-après est ajoutée à la suite de la norme 5.7 existante:

57 Die folgende neue Empfehlung 5.7.1 wird nach der bisherigen Norm 5.7 eingefügt:

„5.7.1 **Recommended Practice.** In order to protect the quality of goods awaiting clearance, public authorities should, in collaboration with all the concerned parties, take all measures to permit practical, safe and reliable storage of goods at the port.”

«5.7.1 **Pratique recommandée.** Afin de sauvegarder la qualité des marchandises en attente de dédouanement, les pouvoirs publics devraient prendre, en liaison avec toutes les parties intéressées, toutes les dispositions pour permettre au port un stockage rationnel et fiable des marchandises.»

„5.7.1 **Empfehlung.** Zum Schutz der Qualität der zur Abfertigung bestimmten Waren sollen die öffentlichen Behörden, in Zusammenarbeit mit allen beteiligten Stellen, sämtliche Maßnahmen treffen, welche die praktische, sichere und zuverlässige Lagerung der Güter im Hafen ermöglichen.“

58 The existing Recommended Practice 5.9 is deleted.

58 La pratique recommandée 5.9 actuelle est supprimée.

58 Die bisherige Empfehlung 5.9 wird gestrichen.

59 In the existing Recommended Practice 5.10, the words “the revised” are added to the words “Kyoto Convention”.

59 Dans la pratique recommandée 5.10 actuelle, le mot «révisée» est ajouté après «Kyoto».

59 In der bisherigen Empfehlung 5.10 werden die Worte „der ‚Kyoto-Konvention‘“ ersetzt durch „des revidierten Übereinkommens von Kyoto“.

60 The following new Recommended Practice 5.10.1 is added after the existing Recommended Practice 5.10:

60 La nouvelle pratique recommandée 5.10.1 ci-après est ajoutée à la suite de la pratique recommandée 5.10 existante:

60 Die folgende neue Empfehlung 5.10.1 wird nach der bisherigen Empfehlung 5.10 eingefügt:

„5.10.1 **Recommended Practice.** Public authorities should consider the introduction of simplified procedures for authorized persons allowing:

«5.10.1 **Pratique recommandée.** Les pouvoirs publics devraient envisager l'introduction de procédures simplifiées pour les personnes agréées par la douane permettant:

„5.10.1 **Empfehlung.** Die öffentlichen Behörden sollen die Einführung vereinfachter Verfahren für ermächtigte Personen prüfen, die Folgendes gestatten:

(a) release of the goods on the provision of the minimum information necessary to identify the goods, to accurately identify and assess risk as it relates to concerns such as health, safety and security, and permit the subsequent completion of the final goods declaration;

a) d'octroyer la mainlevée des marchandises sur la base de la communication des données minimales nécessaires à l'identification des marchandises, ainsi qu'à l'identification et à l'évaluation précises des risques ayant trait à des aspects tels que la santé, la sécurité et la sûreté, et d'établir par la suite la déclaration finale des marchandises;

a) Überlassung der Waren bei Vorlage der erforderlichen Mindestangaben zur Bestimmung der Waren, zur genauen Ermittlung und Bewertung der Risiken für Gesundheit, Sicherheit und Sicherung sowie zur anschließenden Fertigstellung der endgültigen Frachterklärung,

(b) clearance of the goods at the declarants premises or another place authorized by the relevant public authority;

b) le dédouanement des marchandises dans les locaux du déclarant ou dans un autre lieu désigné par les pouvoirs publics compétents;

b) Abfertigung der Waren in den Räumlichkeiten des Zollmeldepflichtigen oder an einem anderen durch die zuständige öffentliche Behörde genehmigten Ort und

(c) submission of a single goods declaration for all imports or exports in a given period where goods are imported or exported frequently by the same person.”

c) le dépôt d'une seule déclaration de marchandises pour toutes les importations ou exportations effectuées au cours d'une période donnée lorsque les marchandises sont importées ou exportées fréquemment par la même personne.»

c) Vorlage einer einzigen Frachterklärung für alle Ein- und Ausfahrten innerhalb eines bestimmten Zeitraums, in dem häufig Waren von derselben Person ein- und ausgeführt werden.“

61 In the existing Standard 5.11, the words “by using risk assessment to target cargo for examination” are deleted at the end of the paragraph.

61 Dans la norme 5.11 actuelle, les mots «en ayant recours à l'évaluation des risques pour déterminer quelles sont les cargaisons à examiner» sont supprimés.

61 In der bisherigen Norm 5.11 werden die Worte „; dabei benutzen sie die Gefahrenanalyse, um zu bestimmen, welche Ladungen überprüft werden sollen“ gestrichen.

62 In the existing Recommended practice 5.14, the words “electronic data interchange (EDI) techniques” are replaced by the words “systems for the electronic exchange of information”.

63 The following new Recommended Practice 5.14.1 is added after the existing Recommended Practice 5.14:

“5.14.1 **Recommended Practice.** Public authorities should endeavour to quickly clear the transit procedure covering goods from another State awaiting loading.”

62 Dans la pratique recommandée 5.14 actuelle, les mots «les techniques d'échange de données informatisées (EDI)» sont remplacés par les mots «les systèmes d'échange électronique de renseignements».

63 La nouvelle pratique recommandée 5.14.1 ci-après est ajoutée à la suite de la pratique recommandée 5.14 existante:

«5.14.1 **Pratique recommandée.** Les pouvoirs publics devraient s'efforcer d'apurer rapidement les titres ou déclarations de transit couvrant les marchandises en provenance d'un autre État et en attente d'embarquement.»

62 In der bisherigen Empfehlung 5.14 werden die Worte „Verfahren des elektronischen Datenaustauschs (EDA)“ ersetzt durch „Systeme zum elektronischen Informationsaustausch“.

63 Die folgende neue Empfehlung 5.14.1 wird nach der bisherigen Empfehlung 5.14 eingefügt:

„5.14.1 **Empfehlung.** Die öffentlichen Behörden sollen sich bemühen, das Transitverfahren für zur Verladung bestimmte Waren aus einem anderen Staat schnell abzuwickeln.“

C. Containers and pallets

64 In the existing Standard 5.15, the word “import” is replaced by the word “admission”.

65 In the existing Standard 5.18, the word “importation” is replaced by the word “admission”.

C. Conteneurs et palettes

64 Dans la norme 5.15 actuelle, le mot «importation» est remplacé par le mot «admission».

65 Dans la norme 5.18 actuelle, le mot «importation» est remplacé par le mot «admission».

C. Container und Paletten

64 In der bisherigen Norm 5.15 wird das Wort „Einfuhr“ durch „Verwendung“ ersetzt.

65 In der bisherigen Norm 5.18 wird das Wort „Einfuhr“ durch „Verwendung“ ersetzt.

Section 7

Miscellaneous provisions

C. Emergency assistance

66 The existing Standard 7.8 is amended to read as follows:

“7.8 **Standard.** Public authorities shall facilitate the arrival and departure of ships engaged in:

- disaster relief work;
- the rescue of persons in distress at sea in order to provide a place of safety for such persons;
- the combating or prevention of marine pollution; or
- other emergency operations designated to enhance maritime safety, the safety of life at sea, the safety of the population or the protection of the marine environment.”

Chapitre 7

Dispositions diverses

C. Activités de secours

66 La norme 7.8 actuelle est modifiée comme suit:

«7.8 **Norme.** Les pouvoirs publics facilitent l'arrivée et le départ des navires utilisés aux fins:

- d'activités de secours en cas de catastrophe;
- de sauvetage des personnes en détresse en mer afin de mettre ces personnes en lieu sûr;
- de lutte contre la pollution des mers ou de prévention de celle-ci; ou
- d'autres opérations d'urgence destinées à renforcer la sécurité en mer, la sauvegarde de la vie humaine en mer, la sécurité de la population ou la protection du milieu marin.»

Abschnitt 7

Verschiedenes

C. Hilfeleistung in Notfällen

66 Die bisherige Norm 7.8 wird wie folgt geändert:

„7.8 **Norm.** Die öffentlichen Behörden erleichtern das Ein- und Auslaufen von Schiffen, die eingesetzt sind

- für Hilfsmaßnahmen bei Katastrophen;
- zur Rettung von Personen in Seenot, um sie in Sicherheit zu bringen;
- zur Bekämpfung oder Verhütung der Meeresverschmutzung oder
- für sonstige zur Verbesserung der Sicherheit auf See, des Schutzes des menschlichen Lebens auf See, der Sicherheit der Bevölkerung oder des Schutzes der Meeresumwelt bestimmte Notmaßnahmen.“

Appendix 1
IMO FAL Forms

67 The IMO FAL Forms 1 to 7 are amended as follows:

“IMO General Declaration

☐ Arrival		☐ Departure
1.1 Name and type of ship 1.2 IMO number 1.3 Call sign		2. Port of arrival/departure
		3. Date – time of arrival/departure
4. Flag State of ship	5. Name of master	6. Last port of call/Next port of call
7. Certificate of registry (Port; date; number)		8. Name and contact details of ship's agent
9. Gross tonnage	10. Net tonnage	
11. Position of the ship in the port (berth or station)		
12. Brief particulars of voyage (previous and subsequent ports of call; underline where remaining cargo will be discharged)		
13. Brief description of the cargo		
14. Number of crew (incl. master)	15. Number of passengers	16. Remarks
Attached documents (indicate number of copies)		
17. Cargo Declaration	18. Ship's Stores Declaration	
19. Crew List	20. Passenger List	21. The ship's requirements in terms of waste and residue reception facilities
22. Crew's Effects Declaration*)	23. Maritime Declaration of Health*)	

24. Date and signature by master, authorized agent or officer

For official use

IMO FAL
Form 1

*) Only on arrival.

IMO Cargo Declaration

B/L No.*)	1.1 Name of ship		2. Port where report is made	
	1.2 IMO number			
	1.3 Call sign			
	3. Flag State of ship	4. Name of master	5. Port of loading/Port of discharge	
	6. Marks and Nos.	7. Number and kind of packages; description of goods, or, if available, the HS code	8. Gross weight	9. Measurement
Convention on Facilitation of International Maritime Traffic				
IMO FAL Form 2				

10. Date and signature by master, authorized agent or officer

*) Transport document No.

Also state original ports of shipment in respect to goods shipped on multimodal transport document or through bills of lading.

Page No.

[illegible]

8. Date and signature by master, authorized agent or officer

*) e. g. wines, spirits, cigarettes, tobacco, etc.

IMO Crew List

[illegible]

12. Date and signature by master, authorized agent or officer

IMO Passenger List

Arrival

Departure

1.1 Name of ship

1.2 IMO number

1.3 Call sign

4. Flag State of ship

5. Family name, given names

6. Nationality

7. Date and place of birth

8. Type of identity document

9. Serial number of identity document

10. Port of embarkation

11. Port of disembarkation

12. Transit passenger or not

3. Date of arrival/departure

2. Port of arrival/departure

3. Date of arrival/departure

Page No.

13. Date and signature by master, authorized agent or officer

Convention on Facilitation of
International Maritime Traffic

IMO FAL
Form 6

Das Bundesgesetzblatt im Internet: www.bundesgesetzblatt.de | Ein Service des Bundesanzeiger Verlag www.bundesanzeiger.de

 Bundesanzeiger Verlag

Dangerous Goods Manifest

Page number (e.g. 5 of 7)

(As required by SOLAS 74, chapter VII, regulations 4.5 and 7-2.2, MARPOL 73/78, Annex III, regulation 4(3) and chapter 5.4, paragraph 5.4.3.1 of the IMDG Code)

Name of ship Voyage reference Call sign			IMO number Port of loading		Flag State of ship Port of discharges		Master's name Shipping Agent					
Booking/ Reference number	Marks & numbers Container id. No(s). Vehicle reg. No(s).	Number and kind of packages	Proper shipping name	Class	UN number	Packing group	Subsidiary risk(s)	Flash point (in °C, c.c.)	Marine pollutant	Mass (kg) gross/net	EmS	Stowage position on board

Agent's signature

Master's signature

Place and date

Place and date

Appendice 1
Formulaires FAL de l'OMI

67 Les formulaires FAL 1 à 7 de l'OMI sont modifiés comme suit:

«OMI – Déclaration générale

		☐ Arrivée	☐ Départ
1.1 Nom et type du navire 1.2 Numéro OMI 1.3 Indicatif d'appel		2. Port d'arrivée/de départ	3. Date – heure arrivée/ départ
4. État du pavillon du navire	5. Nom du capitaine	6. Dernier port d'escale/prochain port d'escale	
7. Certificat d'immatriculation (port; date; numéro)		8. Nom et coordonnées de l'agent du navire	
9. Jauge brute	10. Jauge nette		
11. Emplacement du navire au port (quai ou poste)			
12. Renseignements sommaires sur le voyage (ports où le navire a fait et fera escale; souligner le nom du lieu où la cargaison restante sera déchargée)			
13. Description sommaire de la cargaison			
14. Équipage (capitaine compris)	15. Nombre des passagers	16. Observations	
Documents annexés (indiquer le nombre d'exemplaires)			
17. Déclaration de la cargaison	18. Déclaration des provisions de bord	21. Besoins du navire en installations de réception des déchets et résidus	
19. Liste de l'équipage	20. Liste des passagers		
22. Déclaration des effets de l'équipage*)	23. Déclaration maritime de santé*)		

24. Signature du capitaine, de l'agent ou de l'officier dûment autorisés et date

Réservé à l'administration

FAL OMI
Modèle 1

*) À l'arrivée seulement

OMI – Déclaration de la cargaison

	☐ Arrivée	☐ Départ	Page No.
Connaissance- ment No*) Convention visant à faciliter le trafic maritime international FAL OMI Modèle 2	1.1 Nom du navire 1.2 Numéro OMI 1.3 Indicatif d'appel		2. Port où est rédigée la déclaration
	3. État du pavillon du navire	4. Nom du capitaine	5. Port de chargement/port de déchargement
	6. Marques et numéros	7. Nombre et nature des colis; description des marchandises ou, s'il est disponible, le code du Système Harmonisé (SH)	8. Poids brut
			9. Dimensions

10. Signature du capitaine, de l'agent ou de l'officier dûment autorisés et date

*) Document de transport No

Indiquer également les premiers ports d'embarquement des marchandises chargées sous document de transport multimodal ou sous connaissance direct.

Page No.

[illegible]

12. Signature du capitaine, de l'agent ou de l'officier dûment autorisés et date

Déclaration des effets et marchandises de l'équipage

Page No.

[illegible]

8. Signature du capitaine, de l'agent ou de l'officier dûment autorisés et date

*) C'est-à-dire vins, spiritueux, cigarettes, tabac, etc.

Page No.

[illegible]

12. Signature du capitaine, de l'agent ou de l'officier dûment autorisés et date

Manifeste de marchandises dangereuses

Numéro de page (par ex.: page 5 sur un total de 7)

(Tel qu'exigé par les règles 4.5 et 7-2.2 du chapitre VII de la Convention SOLAS de 1974, la règle 4 3) de l'Annexe III de MARPOL 73/78 et le chapitre 5.4, paragraphe 5.4.3.1 du Code IMDG)

Réservation/ Numéro de référence	Nom du navire Référence du voyage Indicatif d'appel	Marques et numéros No(s) d'identification du conteneur No(s) d'immatriculation du véhicule	Quantité et type de colis	Désignation officielle de transport	Classe	No ONU	Groupe d'emballage	Risques(s) subsidaire(s)	Point d'éclair (en °C, c.f.)	Polluant marin	Masse (kg) brute/nette	FS	Position d'arrimage à bord

Signature de l'agent

Lieu et date

Signature du capitaine

Lieu et date

FAL OMI Modèle 7»

Anhang 1
IMO FAL-Formblätter

67 Die IMO FAL-Formblätter 1 bis 7 werden wie folgt geändert:

„Allgemeine IMO-Erklärung

		☐ Einlaufen	☐ Auslaufen
1.1 Name und Art des Schiffes 1.2 IMO-Nummer 1.3 Rufzeichen		2. Einlauf-/Auslaufhafen	3. Datum – Uhrzeit des Ein-/Auslaufens
4. Flaggenstaat des Schiffes	5. Name des Kapitäns	6. Letzter Anlaufhafen/Nächster Anlaufhafen	
7. Registernachweis (Hafen, Tag, Nummer)		8. Name und Kontaktdaten des Schiffsagenten	
9. BRZ	10. NRZ		
11. Liegeplatz des Schiffes im Hafen (am Kai oder Ankerplatz)			
12. Kurzangaben zur Reise (vorige und nächste Anlaufhäfen; unterstreichen, wo verbleibende Fracht gelöscht wird)			
13. Kurze Beschreibung der Ladung			
14. Anzahl der Besatzungsmitglieder (einschl. Kapitän)	15. Anzahl der Fahrgäste	16. Anmerkungen	
Anlagen (Anzahl der Ausfertigungen)			
17. Frachterklärung	18. Erklärung über die Schiffsvorräte		
19. Besatzungsliste	20. Fahrgastliste	21. Anforderungen des Schiffes in Bezug auf Auffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände	
22. Erklärung über die persönliche Habe der Besatzung*)	23. Seegesundheitserklärung*)		

24. Datum und Unterschrift des Kapitäns oder eines befugten Agenten oder Offiziers

Für amtliche Zwecke

IMO FAL-
Formblatt 1

*) Nur beim Einlaufen

IMO-Frachterklärung

		☐ Einlaufen	☐ Auslaufen	Seite Nr.
	1.1 Name des Schiffes 1.2 IMO-Nummer 1.3 Rufzeichen	2. Hafen, in dem die Erklärung aufgesetzt wird		
	3. Flaggenstaat des Schiffes	4. Name des Kapitäns	5. Verladehafen/Löschhafen	
Fracht- brief Nr. *)	6. Kennzeichen und Nummern	7. Anzahl und Art der Packstücke, Beschreibung der Güter oder, falls vorhanden, HS-Code	8. Bruttogewicht	9. Abmessungen
	IMO FAL- Form- blatt 2			

Übereinkommen zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs

10. Datum und Unterschrift des Kapitäns oder eines befugten Agenten oder Offiziers

*) Beförderungspapier Nr.

Geben Sie bitte auch die ursprünglichen Verladehäfen für Güter an, die mit Dokumenten für die multimodale Beförderung oder mit Frachtbriefen befördert werden.

IMO-Erklärung über die Schiffsvorräte

[illegible]

12. Datum und Unterschrift des Kapitäns oder eines befugten Agenten oder Offiziers

Seite Nr.

[illegible]

8. Datum und Unterschrift des Kapitäns oder eines befugten Agenten oder Offiziers

*) z. B. Wein, Spirituosen, Zigaretten, Tabak usw.

IMO-Besatzungsliste

[illegible]

12. Datum und Unterschrift des Kapitäns oder eines befugten Agenten oder Offiziers

IMO-Fahrgastliste

[illegible]

13. Datum und Unterschrift des Kapitäns oder eines befugten Agenten oder Offiziers

Übereinkommen zur Erleichterung des internationalen Seeverkehrs

IMO FAL-
Form-
blatt 6

Gefahrgut-Manifest

Seite Nummer (z. B. 5 von 7)

(erforderlich nach SOLAS 74 Kapitel VII Regel 4 Absatz 5 und Regel 7-2 Absatz 2, MARPOL 73/78, Anlage III Regel 4 Absatz 3 und Kapitel 5.4 Absatz 5.4.3.1 des IMDG-Codes)

Buchungsnummer/ Bezugszeichen	Kennzeichen und Nummern Kennzahl(en) des/der Container(s) amtliche(s) Kennzeichen des/der Kraftfahrzeuge(s)	Anzahl und Art der Verpackungen	richtiger technischer Name	Gefahrgutklasse	VN-Nr.	Verpackungsgruppe	Neben-gefahr(en)	Flammpunkt (in °C, c.c.)	Meeres-schadstoff	Masse (kg) brutto/netto	Gruppen-unfall-merkblatt	Stauplatz an Bord

Unterschrift des Agenten _____
 Ort und Datum _____

Unterschrift des Kapitäns _____
 Ort und Datum _____

IMO FAL-Formblatt 7“

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 5,10 € (4,20 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,70 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) (IGV) vom 23. Mai 2005
und über das Außerkrafttreten
der Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969**

Vom 1. Oktober 2007

I.

Nach Artikel 6 Abs. 2 des Gesetzes vom 20. Juli 2007 zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) (IGV) vom 23. Mai 2005 (BGBl. 2007 II S. 930) wird bekannt gemacht, dass die Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) nach ihrem Artikel 59 Abs. 2 für die

Bundesrepublik Deutschland am 15. Juni 2007
in Kraft getreten sind.

Der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation hat am 15. Juni 2005 den Mitgliedstaaten die Annahme der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) durch die Gesundheitsversammlung notifiziert.

II.

Die Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969 (BGBl. 1971 II S. 865) sind auf Grund des Artikels 58 Abs. 1 Buchstabe k der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den durch die neuen Vorschriften vom 23. Mai 2005 gebundenen Staaten

mit Wirkung vom 15. Juni 2007
außer Kraft getreten.

Berlin, den 1. Oktober 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel